

Gelöbnisse der Medizinalpersonen im Kanton Zürich seit 1798

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde
der Zahnheilkunde der Medizinischen Fakultät
der Universität Zürich

vorgelegt von

ERNST ANNER
von Tegerfelden/AG

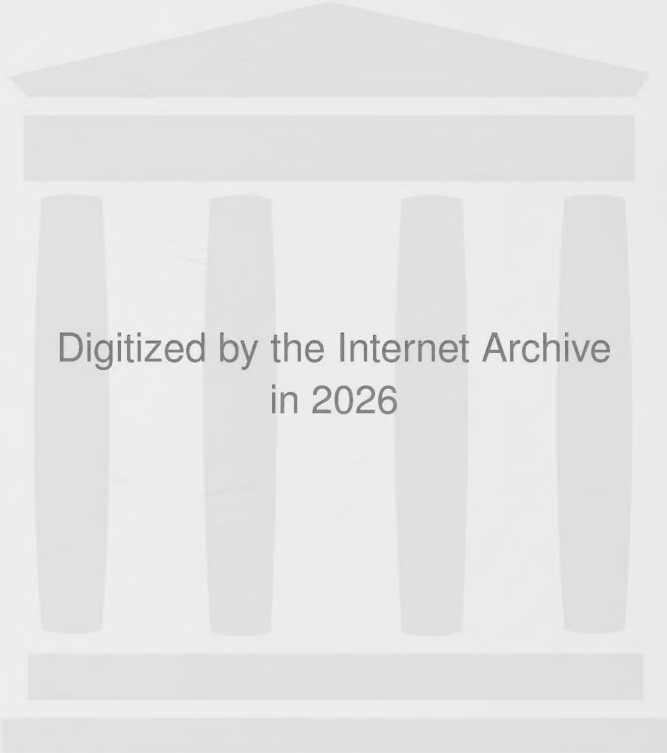
Genehmigt auf Antrag von Prof. Dr. med. H.M. Koelbing

1980

Zürich 1979



Juris Druck + Verlag Zürich



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Aus dem Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich
Direktor: Prof. Dr. med. H.M. Koelbing

Gelöbnisse der Medizinalpersonen im Kanton Zürich seit 1798

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde
der Zahnheilkunde der Medizinischen Fakultät
der Universität Zürich

vorgelegt von

ERNST ANNER
von Tegerfelden/AG

Genehmigt auf Antrag von Prof. Dr. med. H.M. Koelbing

Zürich 1979



Juris Druck + Verlag Zürich



ISBN 3 260 04754 0

Meinen lieben Eltern gewidmet

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Einleitung	1
II. Aerzte	4
A. Vom Staat geforderte Gelöbnisse	4
1. Allgemeines	4
2. Historisches	4
3. Ergebnisse	5
B. Von der Universität geforderte Gelöbnisse	16
1. Allgemeines	16
2. Historisches	16
3. Ergebnisse	17
C. Von der Aerztegesellschaft geforderte Gelöbnisse	21
1. Allgemeines	21
2. Historisches	22
3. Ergebnisse	23
III. Zahnärzte	27
A. Vom Staat geforderte Gelöbnisse	27
1. Allgemeines	27
2. Historisches	27
3. Ergebnisse	29
B. Von der Universität geforderte Gelöbnisse	32
1. Allgemeines	32
2. Historisches	32
3. Ergebnisse	33
C. Von der Zahnärztegesellschaft geforderte Gelöbnis	35
1. Allgemeines	35
2. Historisches	36
3. Ergebnisse	37
IV. Hebammen	38
A. Vom Staat geforderte Gelöbnisse	38
1. Allgemeines	38
2. Historisches	38
3. Ergebnisse	40
B. Hebammenausbildungsstätte	55
C. Hebammenverein	55
V. Apotheker	57
A. Vom Staat geforderte Gelöbnisse	57
1. Allgemeines	57
2. Historisches	57
3. Ergebnisse	59

	Seite
B. Apothekerausbildungsstätten	64
C. Apothekerverein	65
VI. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	67
Summary	70
VII. Anmerkungen	71
Curriculum vitae	77

I. EINLEITUNG

Menschen, deren Beruf es ist, den Mitmenschen aus einer aktuellen Notlage zu helfen, erfreuen sich im allgemeinen eines hohen Ansehens unter der Bevölkerung, wenn sie aus dieser Notlage nicht unberechtigt Kapital zu schlagen versuchen. Eine besonders unangenehme, sehr oft auch tödliche Plage, mit der die Menschheit fertig werden muss, sind die Krankheiten. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass der Beruf des Arztes und verwandte Berufsgattungen zu den ältesten und angesehensten Berufen der Menschheit zählen.

Da es wohl immer Aerzte gab, die ihre angesehene Stellung und die kritische Situation ihrer Patienten missbrauchten, versuchten einzelne Aerzteschulen - als berühmtestes Beispiel sei jene des Hippokrates von Kos (460 - 377 v. Chr.) erwähnt - Regeln für ethisches Verhalten aufzustellen. Diese Formulierungen sollten bindend sein für möglichst viele Berufsausübenden. Um die Verbindlichkeit klar zu demonstrieren, drängte sich die Form des Eides als die gebräuchlichste und bindendste geradezu auf. So mussten ursprünglich zumindest die Absolventen gewisser Aerzteschulen am Ende ihrer Ausbildung einen Eid ablegen.

Mit dem Erstarken des Staates in der Neuzeit kam ein neues Element, das auf die Ausbildung und die Berufsausübung der Medizinalpersonen zunehmenden Einfluss gewann, hinzu. Der Staat nahm dem jungen Arzt oder Apotheker, ebenso der angehenden Hebamme vor der selbständigen Berufsaufnahme das Versprechen ab, jene Pflichten und Gebote, welche ihm besonders wichtig schienen, streng zu beachten.

Als dritte Institution, neben den bereits erwähnten Ausbildungsstätten und dem Staat, traten noch die Berufsgesellschaften bzw. -vereine. Auch sie suchten nach einer Form, ihre Mitglieder dem heilenden Stand würdig zu erhalten.

Die Kontroversen über Schwangerschaftsabbruch und aktive Sterbehilfe sowie weitere Diskussionen um die Stellung der Medizinal-

personen, die gegenwärtig geführt werden, bilden den Anstoss zu der vorliegenden Arbeit. Es sollen dabei die folgenden Fragen untersucht werden: Gab es verschiedene Institutionen, die von den Medizinalpersonen Gelöbnisse verlangten? Wenn ja, welche Institutionen waren es? Wie änderte sich der Inhalt der Gelöbnisse im Laufe der Zeit? Was für Folgen hatten die gesellschaftlichen Veränderungen für die Gelöbnisse?

Da seit 1798 in der Schweiz grundlegende gesellschaftliche und staatliche Umwälzungen stattfanden, erscheint ein Einstieg in die vorliegende Thematik von diesem Zeitpunkt an besonders interessant und sinnvoll. Die Arbeit beschränkt sich dabei auf den Kanton Zürich. Die Gelöbnisse der Tierärzte werden in der Untersuchung ausgeklammert, da nur die Versprechen der humanmedizinisch tätigen Personen verglichen werden sollen.

Eine Interpretation der Gelöbnisse und vor allem der vorgenommenen Aenderungen ist jedoch schwierig. Sehr oft gelingt es nicht, über das Stadium der Hypothese hinauszugelangen. Hier wäre ein Ansatzpunkt für Historiker, weitere Arbeit zu leisten.

Als hauptsächliche Informationsquelle dienten mir für die vom Staat und von der Universität geforderten Gelöbnisformeln der Aerzte, Zahnärzte, Hebammen und Apotheker, die handschriftlichen Protokolle der Sanitätsbehörden, welche ich im Staatsarchiv des Kantons Zürich einsehen konnte. All jenen, die mir beim Suchen, Lesen und Heranschaffen der Akten so zuvorkommend geholfen haben, möchte ich herzlich danken. Weitere bereitwillige Auskünfte erteilten mir Dr. med. D.H. Spengler, Kantonsarzt, und Dr. jur. H. Langmack von der Direktion des Gesundheitswesens. Auch den Sekretären der Aerzte- und Zahnärztegesellschaften sowie des Apotheker- und Hebammenvereins möchte ich meinen Dank aussprechen. Nicht zuletzt haben zahlreiche briefliche Kontakte dazu beigetragen, Uebersicht zu gewinnen.

Ein besonderer Dank richtet sich an Herrn Professor Dr. med. H.M. Koelbing für die Ueberlassung des Themas, seine Anregungen und seine hilfsbereite Unterstützung, welche zum Gelingen dieser Arbeit wesentlich beigetragen haben. Danken möchte ich auch Herrn Dr. phil. H. Balmer, der mir den Einstieg in die Arbeit erleichterte.

II. AERZTE

A. Vom STAAT geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Ein grosser Teil der ärztlichen Praktiker war im Kanton Zürich bis zu Beginn der Helvetik zünftig organisiert. Im Jahre 1798 wurden die Zunftordnungen, welche bis anhin Ausbildung und Tätigkeit der angehenden Wundärzte regelten, abgeschafft. Der Staat trat an die Stelle der Zunftorganisation und verlangte, dass von nun an alle Medizinalpersonen, welche ihren Beruf im Kanton ausüben wollten, ein Patent erwerben mussten. Hatte der Kandidat das geforderte Examen bestanden, war er verpflichtet, ein Handgelübde abzulegen.

2.) Historisches

Die Ideen der französischen Revolution fielen auch in der Schweiz auf guten Boden: zu gross war der Unterschied zwischen Stadt und Land, zwischen Regierenden und Untertanen.

Mit dem Einmarsch der Franzosen in die Schweiz im Jahre 1798 begann das Zeitalter der schweizerischen Revolutionen, welche nicht nur politische Umwälzungen, sondern auch Veränderungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen brachten.

In den verschiedenen Staatsverfassungen - Helvetik 1798-1803, Mediation 1803-1815, Restauration 1815-1830, Regeneration 1830-1848, Bundesstaat ab 1848 - sah sich die Legislative auch dazu veranlasst, die Ziele und Vorstellungen in revidierten Gesetzen zeitgemäss zu formulieren.

Im helvetischen Einheitsstaat wurden kantonale Sanitätskollegien eingesetzt, die unter anderem auch die Prüfung und Patentierung der Medizinalpersonen durchzuführen hatten. Später wurde diese Kollegialbehörde vom Kleinen Rat, der Exekutive von

Zürich gewählt (1), der sie in Jahresberichten Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen musste.

Mit dem Inkrafttreten des "Bundesgesetzes betreffend die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 19. XII 1877" (2) wurde es Sache des Bundes, die Examina der Aerzte abzunehmen. Den Kantonen, bzw. der Direktion des Gesundheitswesens blieb jedoch die Kompetenz die Bewilligung einer Praxiseröffnung zu erteilen.

3.) Ergebnisse

Der Titel dieser Arbeit könnte die Vermutung aufkommen lassen, die Gelöbnisse der Medizinalpersonen in Zürich seien erst nach der Eroberung der Schweiz durch die Franzosen im Jahre 1798 eingeführt worden. Dies anzunehmen wäre ein grober Irrtum. Bereits im Jahre 1551 kann ein Eid (3), den der Stadtarzt (Archiat) von Zürich vor dem Bürgermeister und Rat der 200 ablegen musste, nachgewiesen werden. Auch der Medizinhistoriker G.A. Wehrli schreibt in seinen Werken (4) und (5), dass bereits seit Mitte des 16. Jh. sowohl die Amtsärzte der Stadt Zürich als auch die zünftig organisierten Wundärzte - diese gehörten grösstenteils der Gesellschaft zum Schwarzen Garten an - auf die Pflicht- bzw. Gesellschaftsordnungen ein Handgelübde ablegen mussten. Auch die Wundärzte auf dem Lande mussten die Einhaltung der von der Obrigkeit erlassenen "Ordnung" (6) eidlich versprechen.

Helvetik (1798 - 1803)

Die helvetische Kommission für das Zunftwesen gab am 25. Mai 1798 ihr Gutachten ab: "Zunft- und Innungsrechte sollen in der ganzen Schweiz abgeschafft und völlige Freiheit eingeführt werden. Nur bei den Aerzten, Wundärzten, Apothekern und Hebammen mag eine Prüfung durch irgend eine anerkannte Facultät statt haben, ehe sie ihre Kunst ausüben dürfen." (7) Die Gesellschaft zum Schwarzen Garten, welche bis 1798 über die Ausbildung und

Tätigkeit der Chirurgen wachte, verlor diese Kompetenzen. Drei Jahre später wurde durch die "Verordnung über die Patentirung von Medicinalpersonen" (8) versucht, die überbordende freie Ausübung der Medizinalberufe wieder in den Griff zu bekommen. Die Verordnung bestimmte, dass grundsätzlich alle medizinisch Tätigen sich einem Examen zu unterziehen hätten.

Genaueres über die Patentierung der Medizinalpersonen erfahren wir aus den Protokollen des vierköpfigen Sanitätskollegiums. (9) Dieses Gremium händigte den Kandidaten nach bestandnem Examen ein Attest aus. Wir erfahren, dass auch in der Helvetik offenbar mit Handschlag ein Versprechen geleistet werden musste:

Demzufolge wurde ihm das Examen mit bester Zufriedenheit abgenommen, & da derselbe gegen das Presidium das Handgelübd geleistet hat, seinen Beruf mit derjenigen Sorgfalt & Gewissenhaftigkeit zu betreiben, welche die Wichtigkeit desselben erfordert, so wird zu dessen Zeugnis, durch gegenwärtiges Examensattestat erklärt: dass das Sanitätscollegium, den B.N. zu Ausübung der Chirurgie und praktischen Arzneikunde von seiner Seite bevollmächtige, in der Voraussetzung, dass er jederzeit die bestehenden Gesetze & Polizeiverordnungen genau & sorgfältig beobachten werde.

Im Namen des Sanit. Kolleg. (10)

Als Belohnung für sein offenbar aussergewöhnlich fundiertes medizinisches Wissen erhielt am 18. Dez. 1802 Felix Bossard aus Zollikon folgende Urkunde in lateinischer Sprache.

Nos Praeses atque assessores collegii Sanitatis in pago Helveto-Turicensi, omnibus ad quos pertinet hisce notificamus, virum praestantem Felicem Bosshardum a Zollikon oriundum, annos natum viginti quatuor, solito more et secundum leges rei publicae Helveticae, ad examen chirurgicum, obstetricium et de medicina practica, cum rogasset admissum, in omnibus his artibus atque scientiis quoad theoriam et praxin, talem se praestitisse, eaque optimi studii exempla exhibuisse, quaestionesque sibi propositas, tam accurate cogitateque solvisse, ut nulli dubitemus, quin illi praedictarum artium exercendarum facultatem, pro nostro loco tribuamus, cuique ubicumque permittatur dignum esse, publice testificemur.

Examine absoluto, summa cura illas artes se culturum, legesque et instituta medica cujusvis regionis ubi eas exerceret servaturum, data dextera fidem cum fecisset, omnibus collegiis, magistratibus, et quibuscunque de hisce rebus jus est, pro opera sua et studio, commendatum esse velimus. (11)

Mediation (1803 - 1815)

Auch die von Napoleon Bonaparte diktierte Mediationsverfassung verlangte von den angehenden Aerzten vor der endgültigen Patenterteilung die Ablegung eines Handgelübdes.

Am 12. Sept. 1804 erliess das erweiterte Sanitätskollegium eine "Verordnung über die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Geburtshelfer, Hebammen und Viehärzte" (12). Allen Medizinalpersonen wurden nach bestandener Prüfung die Gesetze und Pflichtordnungen ihres Berufes vorgelesen (13). Darauf mussten sie dem Präsidenten und den Mitgliedern des Sanitätskollegiums durch ein Handgelübde die treue Erfüllung aller Vorschriften versprechen. Um welche Gesetze bzw. Pflichtordnungen der praktizierenden Aerzte es sich dabei speziell handelte, bleibt ungewiss.

Aus den Examensprotokollen des Sanitätskollegiums erfahren wir, dass auch während der Mediationsperiode bei der Patentierung ein Handgelübde geleistet wurde (14):

In Folge dieser Prüfung hat das Sanit. Collegium einmüthig beschlossen, obgedachten Hrn Meyer unter die Zahl der gesetzlich authorisirten Aerzte, als Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer aufzunehmen, und ihn zu dessen Urkund gegenwärtiges Patent zuzustellen. Alles in der Meinung, dass er sich von nun an ernstlich befleisse, alle das Sanit. Wesen betreffende, bereits vorhandene oder künftig emanirende obrigkeitliche Verordnungen und Regulative, so wie ins besondere auch die speziellern Verordnungen der Sanitäts. Collegii getreulich zu befolgen. Ein Versprechen, welches er gewissenhaft zu halten, an Eides statt, darauf ein Handgelübd bekräftiget hat.

Zu seinen bevorstehenden wichtigen Verrichtungen wünscht ihm das Sanit. Coll. herzlich Gottes Segen und Beystand.

Restauration (1815 - 1830)

Im Jahre 1821 wurde für die Medizinalpersonen eine neue Prüfungsverordnung (15) geschaffen. Der Jahresbericht des Sanitäts-Kollegiums von 1821 nahm auf die erneuerte Verordnung Bezug (16): "Dieselben bestanden nicht nur in den wesentlich revidierten & erneuerten Examen-Verordnungen, sondern überdiess in dem Entwurfe von einem neuen Arzts-Patente & 4 Beeidigungsformeln, in denen die Pflichten der Aerzte, der Apotheker, der Hebammen und der Thierärzte bündig und nachdrucksamst aufgezählt und dargestellt sind, & auf welche sie, nach beschlossener Patent-Ertheilung die betreffenden Med. Personen ein feyerlich Handgelübde, an Eides Statt, ablegen müssen."

Es fällt auf, dass der Staat auch in der Restaurationsperiode ein nicht religiöses Handgelübde verlangte, jedoch den irreführenden Titel "B e e i d i g u n g s f o r m e l" verwendete, obwohl Gott nicht zum Zeugen aufgerufen wurde.

Beeidigungsformel für die Aerzte 1821

Die Aerzte und Wundärzte sollen feyerlich, an Eides Statt, geloben, ihres Berufes getreulich zu warten, sey es bey Tag oder bey Nacht, den Armen wie den Reichen nach ihren besten Kräften beyzustehen. Sie sollen sich der Gottesfurcht, Nüchternheit, Verschwiegenheit, Bescheidenheit, Vertragsamkeit, besonders mit ihren Amtsbrüdern, und jeder Tugend befleissen, bey andern Aerzten in schwierigen Fällen willig und gern Rath suchen und annehmen, und hinwiederum eben so bereit seyn, nach bestem Wissen solchen zu ertheilen, wenn er gefordert wird. Sie sollen durch unverdrossene Berufstreue, durch liebereiches Betragen gegen die Kranken sich das Zutrauen derselben zu erwerben suchen; hingegen fern seyn von aller Verkleinerungssucht ihrer Mitärzte und aller Charlatanerie, in der festen Ueberzeugung: dass der Credit, den man sich auf dem ersten Wege zu verschaffen sucht, bleibend, derjenige hingegen, zu welchem der andere Weg führt, sehr vorübergehend ist; dass sich der Arzt auf dem erstern innere Ruhe und Zufriedenheit erwirbt, auf dem letztern hingegen Unruhe des Gewissens und Schande und Verachtung bey den Mitmenschen. Sie sollen nie vergessen, dass der ärztliche Beruf einer der schwierigsten, aber auch einer der geachtetsten ist. Dem Arzte anvertraut der Kranke seine beyden kostbarsten Güter: Gesundheit und Leben. Darum soll derselbe auch nie mahls aufhören, seine Studien fortzusetzen, und seine Kenntnisse zur Erhaltung jener beyden Güter zu erweitern. Denn wer ein Mahl hierin stille steht, geht schneller, als er es selbst glaubt, rückwärts. Sie sollen allen schon bestehenden, oder in Zukunft noch erscheinenden Verordnun-

gen des Sanitäts-Collegii pünktlich Folge leisten, und wenn in ihrem Wirkungskreise epidemische oder ansteckende Krankheiten ausbrechen, oder ihnen besonders wichtige Fälle vorkommen, welche irgend eine Verfügung des Sanitäts-Collegii erfordern könnten, unverzüglich durch den Bezirksarzt, oder, in gar dringenden Fällen, auch unmittelbar demselben davon Kenntniss geben, und seine jedemahligen Anordnungen befolgen. Sie sollen durch ihr eigenes Betragen, und durch genaue, aber leidenschaftslose, Anzeigen demselben helfen, Quacksalberey und Aberglaube auszurotten.

Dass Sie nun allem diesem Genüge leisten wollen, das versprechen Sie feyerlich, an Eides Statt, durch ein Handgelübde, dessen pünktliche Erfüllung Ihnen die Gnade und den Segen Gottes, die Huld Ihrer Obrigkeit, die Achtung Ihrer Mitmenschen und den Beyfall Ihres eigenen Gewissens erwirbt! (17)

Die erste "Beeidigungsformel" für Aerzte beschreibt ausführlich, wie sich die Sanitätsbehörden Charakter und Arbeitsauffassung eines zukünftigen Arztes vorstellten. An erste Stelle gerückt ist die Verpflichtung, sich während 24 Stunden täglich in den Dienst der Hilfesuchenden zu stellen. Weniger Bemittelte sollen gleich behandelt werden wie Reiche.

Bereits in der Eidesformel des Stadtarztes von 1551 begegnen wir einer ähnlichen Formulierung:

".... und mit siner kunst armen und richen, die des begeren, zu warten und darinne glich und gemein ze sin und damit umb einen bescheiden lon nach sinem vermogen das best ze tun,..(18)"

Dann folgen die fünf Tugendbegriffe: Gottesfurcht, Nüchternheit, Verschwiegenheit, Bescheidenheit und Vertragsamkeit, welche den idealen Arzt auszeichnen sollten. Zu erwähnen ist vor allem die Verpflichtung zur Verschwiegenheit. Es stellt sich die Frage, ob wir darin die staatliche Garantie für das Arztgeheim-

nis sehen dürfen. Etwas befremdend für unsere Zeit wirkt die Aufforderung, das Betragen des Arztes gegenüber dem Kranken möge "lieblich" sein, um so ihr Zutrauen zu gewinnen. Eine mögliche Deutung könnte darin gesehen werden, dass sich die Aerzte in der damaligen Zeit ihren Patienten gegenüber nicht immer korrekt und zuvorkommend verhielten. Dem jungen Arzt wird warm ans Herz gelegt, sich kollegial - im Sinne von Rat suchen und Rat geben - zu verhalten. Weiter wird davor gewarnt, die Arbeit der Mitkollegen, soweit sie keine Scharlatane und Quacksalber sind, zu verteufeln. Bereits zu jener Zeit erkennt man die Bedeutung der Weiterbildung: Jeder frisch gebackene Arzt muss geloben, seine erworbenen Kenntnisse ständig zu vertiefen.

Natürlich fehlt in der staatlichen "Eidesformel" die Verpflichtung nicht, staatliche Erlasse strikte zu befolgen. Vor allem zwei Feinde sollen gemeinsam bekämpft werden: Die Seuchen und die Stümper. Zum Schluss wird auch an die Gläubigkeit und an das Gewissen der Mediziner appelliert: Wer sich genau an die Ermahnungen und Vorschriften des Sanitätskollegiums hält, sei nicht nur bei seinen Patienten und bei den Behörden angesehen: Seine Arbeit und sein Einsatz werden ihm auch eine innere Ruhe und Ausgeglichenheit garantieren.

Jedem Arzt wurde ein gedrucktes Exemplar der Beeidigungsformel zusammen mit dem Patent überreicht.

Regeneration (1830 - 1848)

Im Jahre 1833 wurde die Universität Zürich gegründet. Im selben Jahr erklärte der Regierungsrat die neue "Examensordnung für Medizinalpersonen des Kanton Zürich" für rechtskräftig.

"Jede Medizinalperson soll nach der Abnahme ihres Examens, nachdem der Präsident derselben die angemessenen Erinnerungen ertheilt hat und nach Verlesung der Gelobungsformel die Erfüllung ihrer Berufspflichten durch ein Handgelübde dem Präsidenten zu Händen des Gesundheitsrathes versprechen."

Gelobungsformel für die Aerzte 1833

Die Aerzte unsers Cantons sollen feyerlich, an Eides Statt, geloben, ihres Berufes getreu und fleissig zu warten, sey es bey Tag oder bey Nacht, bey Reichen oder bey Armen. Sie sollen durch ein sittliches Betragen überhaupt, vorzüglich aber durch Menschenfreundlichkeit gegen die Kranken, strenge Gewissenhaftigkeit bey Verfertigung ärztlicher Zeugnisse, durch Nüchternheit und durch ein kollegialisches Benehmen gegen andere Aerzte sich ihres wichtigen Berufes würdig zeigen und keine Gelegenheit versäumen, um ihre Kenntnisse zu erweitern, durchdrungen von dem Gedanken, dass der Mensch ihnen seine beyden kostbarsten Güter, Gesundheit und Leben anvertrauen muss, und dass es in Wissenschaften kein Stillestehen, sondern nur ein Vor- oder Rückwärtsschreiten gibt. Sie sollen alle schon bestehenden, oder in Zukunft erscheinenden das Medicinal-Wesen betreffenden Gesetze und Verordnungen pünktlich befolgen, und auf jede Weise dem Gesundheitsrathе helfen, eine gute medicinische Polizey zu handhaben, und das Gesundheitswohl der Bewohner unsers Cantons zu befördern.

(Das Nachstehende spricht der Präsident),

Dass Sie N. N. nun allem diesem nachleben wollen, das versprechen Sie feyerlich in die Hand des Präsidenten des Gesundheitsrathes, und die gewissenhafte Erfüllung dieses Gelübdes wird Ihnen die Gnade und den Segen Gottes, die Huld Ihrer Obrigkeit, die Achtung Ihrer Mitmenschen und den Beyfall Ihres eigenen Gewissens erwerben. (19)

Offenbar wurde jenem anonymen Verfasser, der seine Gedanken zur Neugestaltung des Gesundheitswesens in einer kurzen Schrift niederlegte (20), Gehör geschenkt. Er schlug eine einfache, in nicht zu feierlichem Tone verfasste Formel vor. Zum Schluss ging er sogar noch einen Schritt weiter und schrieb: "Nach unsern Begriffen von der Heiligkeit des Eides hielten wir es,

im Gegensatz zu dessen schwieriger Erfüllung im Berufe für weit angemessener gar keinen Eid abzunehmen." (21)

Der Text der Gelobungsformel für Aerzte von 1833 ist allgemeiner, knapper und weniger schwülstig verfasst. Einige Verhaltensregeln fehlen, andere sind ergänzt. Es fällt auf, dass der Begriff der "Verschwiegenheit" 1833 im staatlichen Eid nicht mehr vorkommt. Vielleicht wollte man Doppelspurigkeit vermeiden, denn die Kandidaten mussten die Wahrung des Arztgeheimnisses bei der Promotion zum Doktor der Medizin (s. Universität, S. 18) feierlich versprechen. Ausdrücklich wird vor dem Ausstellen von Gefälligkeitszeugnissen gewarnt. Bemerkenswert ist, dass der Kampf gegen Quacksalberei und Aberglaube keinen Niederschlag in den Gelobungsformeln mehr fand. Vielleicht ist dies ein Hinweis darauf, dass man die Missstände im Medizinalwesen langsam in den Griff bekam. Noch eindringlicher wurde im Gelobungstext von 1833, dem Gründungsjahr der Universität Zürich, die Wichtigkeit der fachlichen Weiterbildung herausgestrichen.

Bundesstaat (1848 bis heute)

Die Bundesverfassung von 1848 sicherte den Kantonen ihre vollständige Souveränität über das Sanitätswesen.

Das Zürcher Volk nahm 1854 das "Gesetz betreffend das Medizinalwesen" (22) an. Dieses Gesetz blieb trotz mehrmaligen Erneuerungsversuchen in den Grundzügen bis 1962 gültig. Nur einzelne Bestimmungen wurden revidiert. § 7 bestimmte, dass die Medizinalpersonen (Aerzte, Apotheker, Hebammen, Tierärzte) bei der Patenterteilung ein Handgelübde ablegen mussten. Die Gelobungsformel war 1849 vom Gesundheitsrath neu überarbeitet worden. (23) Sie unterscheidet sich inhaltlich nicht wesentlich von jener aus dem Jahre 1833. Zwei Aenderungen sind erwähnenswert. Zum einen fällt auf, dass der Patient noch mehr ins Zentrum gerückt wird: Der Arzt soll sich verpflichten, dem Kranken durch häufigen Besuch, genaue Diagnose und richtige Therapie

die Genesungszeit zu verkürzen oder sein Leiden erträglicher zu machen. Zum andern fällt auf, dass ungefähr ein Drittel des Textes dazu verwendet wurde, den jungen Mediziner auf die staatlichen Anliegen und Vorschriften aufmerksam zu machen.

Gelobungsformeln der Medizinalpersonen. 1849

A. Für Aerzte.

Die Aerzte unsers Kantons sind verpflichtet, ihres Berufes treu zu warten und jederzeit, bei Tag und bei Nacht, bei Armen wie bei Reichen bereit zu sein, diejenige Hülfe zu leisten, zu der sie befugt und die sie nach bestem Wissen & Gewissen zu leisten im Stande sind. Sie sollen durch fleissige Beobachtung ihrer Kranken, durch sorgfältige Untersuchung ihres Zustandes, durch wohl überlegte Anwendung der Heilmittel sowie durch menschenfreundliches Benehmen theils den Zweck der Heilung möglichst sicher und schnell zu erreichen, theils die Leiden der Kranken zu erleichtern suchen; sie sollen aber auch stets bemüht sein, sich durch Vermehrung ihrer Kenntnisse zu erfolgreicher Ausübung ihres Berufes immer mehr zu befähigen und sich desselben in jeder Weise würdig zu zeigen. Bei Ausstellung von ärztlichen Zeugnissen sollen sie sich durch strenge Gewissenhaftigkeit und in ihrem Benehmen gegen andere Aerzte durch collegialische Gesinnung leiten lassen. Gleichwie sie allen in den bestehenden und künftigen das Medizinalwesen betreffenden Gesetzen und Verordnungen enthaltenen Bestimmungen[!] Folge zu leisten haben, so sind sie auch verpflichtet, den Beschlüssen des Gesundheitsrathes nachzukommen, die im Interesse des Medizinalwesens an sie gerichteten Fragen genau zu beantworten und überhaupt die vorgesetzten Behörden bei Handhabung der Medizinalpolizei zu unterstützen und das Gesundheitswohl der Bewohner unsers Kantons möglichst zu fördern.

Dass Sie Herr N. N. diese Pflichten getreulich erfüllen wollen, das haben Sie feierlich durch ein Handgelübde zu bestätigen. (24)

Welche verpflichtende Wirkung das Gelöbnis auf die jungen Aerzte hatte, lässt sich sehr schwer abschätzen. Die Versprechen waren doch z.T. vage formuliert und liessen dem Einzelnen viel Handlungsspielraum frei.

Es zeigt sich auch, dass in allen Versuchen, das "Gesetz betreffend das Medizinalwesen" von 1854 zu erneuern, das Handgelübde für Medizinalpersonen nicht mehr vorgesehen war. Von der Seite des Staates versprach man sich offenbar durch klare gesetzliche Bestimmungen bessere Einflussnahme auf die ärztliche Arbeit als durch ein einmaliges Versprechen. Vielleicht war man auch zur Ueberzeugung gelangt, dass vor allem der Charakter und die ethische Haltung des Kandidaten für die ärztliche Berufsausübung entscheidend sind. (25)

Einige Grundgedanken der Gelobungstexte sind dem "Gesetz über das Gesundheitswesen" (26) von 1962 einverleibt worden, andere wiederum fehlen: § 12 überbindet den Medizinalpersonen die Sorgfalts- und Beistandspflicht. Weiter müssen sich Aerzte, Zahnärzte, Apotheker und Hebammen am Notfalldienst beteiligen (vgl. auch Standesordnung der Aerzte des Kanton Zürich 1979). Auch die Anzeigepflicht und -befugnis (§ 15) ist, wenn auch anders formuliert, schon in den Eidesformeln festgelegt.

Eine wichtige Bestimmung, welche in allen Gelobungsformeln der Aerzte seit 1821 wiederzufinden war, fehlt im "Gesetze über das Gesundheitswesen" von 1962 genauso wie in den Standesordnungen der Aerzte des Kantons Zürich: die Pflicht zur fachlichen Weiterbildung. Diese Aufforderung, sein Wissen dauernd zu ergänzen scheint in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit zu sein.

B. Von der UNIVERSITAET geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Mit der Gründung von Universitäten und der Einrichtung von Ausbildungsstätten für Aerzte wurde von den Doktoranden auch eidliche Verpflichtungen gegenüber den medizinischen Fakultäten gefordert. In frühen Promotionsordnungen und -statuten, beispielsweise der Universitäten Basel (1570) (27), Freiburg i. Br. (1785) (28) und Wien (1600) (29), denen Gelöbnisformeln beigelegt sind, fällt auf, wie der Promovierende zu unbedingter Treue und Ehrerbietung gegenüber den akademischen Behörden verpflichtet wird.

Die Texte der Eidesformeln enthalten zum Teil einzelne Grundsätze des Hippokratischen Eides. Es ist offensichtlich, dass dieser manchen Fakultätsgelöbnissen als Vorlage diente. Auch der Staat, der immer stärker bei der Ausbildung der Aerzte mitredete und somit auch die Promotionsordnungen der Universitäten mitgestaltete, mag auf den Inhalt Einfluss genommen haben.

2.) Historisches

Grundsätzlich standen dem jungen Zürcher, der sich im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit zum Arzt oder Wundarzt ausbilden lassen wollte, zwei Möglichkeiten offen. (30) Wohlbemittelte Zürcher liessen sich an einer auswärtigen Universität zu gelehrten Doctores heranbilden. Zurückgekehrt, galten sie als Spezialisten für die Behandlung innerer Krankheiten ("Leibärzte", "Buchärzte"). Seit der Reformation erleichterte der Staat auch ärmeren jungen Leuten, wie z.B. Konrad Gessner (1516 - 1565), durch Stipendien das auswärtige Studieren. Die Mehrzahl der künftigen Heilbeflissenen aber ging zu einem hiesigen Chirurgen in die Lehre, der Mitglied der zünftig organisierten "Gesellschaft zum Schwarzen Garten" war. Daneben gab es eine stattliche Zahl praktizierender Quacksalber,

Afterärzte und Stümper, die ohne Bewilligung ihr Heilsgeschäft ausübten. Zwei hervorragende Persönlichkeiten, Johannes von Muralt (1645 - 1733) (31) und Johann Hch. Rahn (1749 - 1812) (32), förderten die Mediziner Ausbildung auf privater Basis. Johannes von Muralt ist der Begründer des anatomischen Unterrichtes in Zürich. Ab 1686 hielt er seine Vorlesungen im Gesellschaftshause zum Schwarzen Garten. (33) Im Jahre 1782 gründete Rahn zusammen mit sechs Kollegen das Medizinisch-Chirurgische Institut. Die Vorlesungen am Institute sollten zwei Aufgaben erfüllen: Zum einen vermittelte es das Grundwissen für das Studium der Medizin und Chirurgie, zum andern war es für die jungen Chirurgen, welche die Lehre bei einem Mitglied der Gesellschaft zum Schwarzen Garten gemacht hatten, die Krönung ihrer Ausbildung. Interne Probleme und die politische Unsicherheit während der Helvetik brachten dieses Institut in finanzielle Schwierigkeiten. Bereits ab 1799 musste die Regierung des Kantons Zürich das Institut finanziell unterstützen. Ab 1804 wurde es in ein Kantonalinstitut umgewandelt. Die Ausbildung von Aerzten und Wundärzten wurde von nun an hauptsächlich aus staatlichen Mitteln finanziert.

Im Jahre 1833 wurde - nach dem Willen des Volkes - die Hochschule Zürich und mit ihr die medizinische Fakultät gegründet. Damit fand das Kantonalinstitut eine würdige Nachfolgerin.

3.) Ergebnisse

1835 schuf die medizinische Fakultät ihre Promotionsordnung (34), die ein Gelöbnis vorsah. Abschnitt VII legte den Ablauf der Promotionsfeiern genau fest. Nach dem wissenschaftlichen Vortrag des Doktoranden und der Disputation verlas der Universitätssekretär den untenstehenden Jus jurandum. Der zukünftige Doktor der Medizin und Chirurgie gelobte, diesen modifizierten, das heisst im wesentlichen gekürzten Hippokratischen Eid zu halten.

Jus jurandum. (35)

Per Deum omnipotentem jure jurando affirmo, me quantum viribus et judicio valuerō, quod nunc juro et ex scripto spondeo, plane observaturum: praeceptores quidem, qui me hanc artem edocuerunt, parentum loco habiturum. Victus quoque rationem, quantum facultate et judicio consequi poterō, aegris utilem me praescripturum, eosque ab omni noxa et injuria vindicaturum. Neque cujusdam precibus adductus, alicui medicamentum lethale propinabo, neque huius rei auctor ero. - In quacunque autem domum ingressus fuero, ad aegrotantium salutem ingrediar omnemque injuriae inferendae et corruptelae suspicionem procul fugiens, tum vel maxime rerum venerearum cupiditatem erga mulieres. Quae vero inter curandum, aut etiam medicinam minime faciens in communi hominum vita vel videro, vel audiero, quae minime in vulgus efferi oporteat, ea arcana esse ratus silebo.

Hoc igitur jus jurandum si religiose observaro ac minime irritum fecero, mihi liceat cum summa apud omnes estimatione perpetuo vitam felicem degere et artis uberrimum fructum percipere. Quod si illud violavero et perjuravero, contraria mihi contingant.

Auf deutsch:

Bei Gott dem Allmächtigen bekräftige ich durch diesen Eid, dass ich nach meinen Kräften und meiner Einsicht uneingeschränkt halten werde, was ich jetzt schwöre und buchstäblich gelobe:

Nämlich meine Lehrer, die mich diese Kunst gelehrt haben, gleich meinen Eltern zu achten;

auch Lebensweise und Behandlung (1), soweit ich es mit meinen Fähigkeiten und meinem Urteil erfassen kann, zum Nutzen der Kranken anzuordnen, vor jedem Schaden und jedem

Unrecht jedoch meine Patienten zu schützen.

Auch werde ich nie jemandem, durch seine Bitten bewogen, ein tödliches Mittel zu schlucken geben noch werde ich aus eigenem Antrieb so etwas tun.

In alle Häuser, in die ich komme, werde ich zum Nutzen der Kranken eintreten. Ich werde jeden Verdacht des Unrechts und der Sittenverderbnis von weitem fliehen, besonders die geschlechtliche Begierde Frauen gegenüber.

Wenn ich aber bei der Behandlung oder auch ausserhalb meiner Praxis im gewöhnlichen Umgang mit den Menschen irgend etwas sehen oder hören werde, das man nicht ausplaudern darf, so werde ich es als Geheimnis betrachten und verschweigen.

Wenn ich diesen Eid getreulich erfülle und nicht breche, so sei mir beschieden, mein ganzes Leben in höchstem allgemeinem Ansehen glücklich zuzubringen und aus meiner Kunst reichsten Gewinn zu ziehen. Wenn ich den Eid jedoch verletze und meineidig werde, dann geschehe mir das Gegenteil.

- (1) "Lebensweise und Behandlung": victus ratio - "Regelung der Lebensweise" entspricht den diatēmata des hippokratischen Urtextes. Die Verordnung von Arzneien war in dieser umfassenden Diätetik eingeschlossen.

Deutsche Uebersetzung: H. M. Koelbing

Dieser akademische Schwur weist einige bemerkenswerte Unterschiede zum Hippokratischen Eid auf.

Das Lehrer-Schüler-Verhältnis in der neu gegründeten Hochschule war grundsätzlich verschieden von der sippenähnlich organisierten Aerzteschule des Hippokrates. Die Universität sollte offen sein für alle. Der Doktorand des 19. Jahrhunderts muss lediglich versprechen, seinen Lehrmeister wie seine Eltern zu achten. Von einer Bindung an die Familie des Lehrmeisters, insbesondere

an seine Nachkommen, ist nicht mehr die Rede.

Während die Beihilfe zum Selbstmord und die Tötung eines Kranken auch im zürcherischen Jus jurandum verboten ist, fehlt das zweite Verbot des Hippokratischen Eides: Der Schwangerschaftsabbruch wird 1835 nicht erwähnt. Ein Grund dafür könnte darin gesehen werden, dass im gleichen Jahr 1835 das Strafgesetzbuch Zürichs (36) zum Gesetz erhoben wurde. § 157 des neuen Strafgesetzes sah bei Abtreibung der Leibesfrucht durch die Mutter oder jemand anders 6 Monate bis 3 Jahre Gefängnis vor. Offenbar erachteten es die Redaktoren des Aerzte-Eides nicht mehr als nötig, dieses Vergehen noch besonders hervorzuheben.

Erwähnenswert ist, dass auch das Verbot des Blasensteinschnittes, wie es in der überlieferten Hippokratischen Eidesformel steht, nicht in den universitären Schwur aufgenommen wurde. Koelbing sieht im Operationsverbot ein "... unerwartet frühes Zeugnis für ein ärztliches Spezialistentum". (37) Bereits in älteren Fassungen wurde jedoch dieser Passus weggelassen. (38) Im frühen 19. Jahrhundert setzte sich die Auffassung durch, dass der Arzt eine wissenschaftliche Ausbildung benötigt.

Schliesslich fällt auf, dass sich der antike Text: "... in meiner Kunst voranzukommen,..." (39) vom Jus jurandum unterscheidet. Hier heisst es: "... reichsten Gewinn zu ziehen." (vgl. S. 19) Es ist eine offene Frage, warum die zürcherischen Verfasser nicht dem antiken Vorbild folgten.

Der Doktoreid von 1835 wurde fast 40 Jahre nicht verändert. Am 22. Mai 1874 legte die Medizinische Fakultät der Hochschule dem Erziehungsrat eine Neufassung der Promotionsordnung vor. Im Begleitschreiben an den Erziehungsdirektor heisst es u. a. ".... Weitere Vorzüge des neuen Entwurfs bestehen in den Vereinfachungen der Formalitäten, Abschaffung des alten abgeschmackten Eides". (40). Das Jus jurandum wurde durch eine in deutscher Sprache abgefasste Formel ersetzt:

Sie sollen geloben, die Wissenschaft nach Kräften zu pflegen und zu fördern, dabei die Erforschung der Wahrheit als einziges und unverrückbares Ziel im Auge zu behalten, in der Ausübung des ärztlichen Berufs für die humanen Aufgaben der Heilkunde mit Aufopferung einzutreten, und in Ihrem ganzen Wirken durch Ernst und Gediegenheit sich des Ihnen zu ertheilenden akademischen Titels würdig zu zeigen. (41)

Doch selbst diese knappe, nüchterne Eidesformel fand beim damaligen Erziehungsdirektor Sieber (42) keine Gnade: Vereidigungs-Akt und -Formel strich er ohne Kommentar durch.

In allen nachfolgenden medizinischen Promotionsordnungen sah man von nun an von der feierlichen Vereidigung der Doktoranden ab.

C. Von der AERZTEGESELLSCHAFT geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Die Gründe, warum Aerzte das Bedürfnis hatten, sich zu organisieren und zu Gesellschaften zusammenzuschliessen, mögen immer wieder die gleichen gewesen sein: Gegen innen galt es seine Erfahrungen und Gedanken auszutauschen, kollegiales Verhalten zu pflegen und wo Streitigkeiten auftraten, diese unter sich auszutragen und zu regeln. Gegen aussen sollte der Kampf gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten und staatliche Uebergriffe vereint erfolgreicher geführt werden können.

Zur Unterstützung der "Gesellschaftsgesetze" bzw. Standesordnungen bot sich ein Gelübde an, welches die Mitglieder bei Ein-

tritt in die Aerztegesellschaften auf wesentliche Grundsätze ärztlichen Handelns verpflichten sollte.

2.) Historisches

Noch während in der alten Eidgenossenschaft Zunft und Stände das Zepter führten, gründete Joh. Hch. Rahn und weitere Zürcher Aerzte die "helvetische Gesellschaft korrespondierender Aerzte und Wundärzte". Die Wirren der Helvetik lähmten jedoch die Vereinstätigkeit, und die Zeitschrift "Musaeum der Heilkunde", welche die Gesellschaft von 1792 bis 1797 herausgab, musste ihr Erscheinen einstellen.

Dem Beispiele anderer Kantone folgend (z.B. Aargau 1805) wurde in Zürich 1810 die "medizinisch-chirurgische Gesellschaft" gegründet. Zwei Aufgaben sollte die Gesellschaft erfüllen: Zum einen sollte jedes Mitglied persönlich vom Erfahrungsaustausch und neuen Erkenntnissen von Kollegen profitieren können. Zum andern versprach man sich durch die erspriessliche Zusammenarbeit unter den Aerzten auch einen Nutzen für die Patienten.

Die Entwicklung der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft, welche ab 1883 "Gesellschaft der Aerzte des Kantons Zürich" hiess, lässt sich an den verschiedenen Statutenänderungen bzw. den Erneuerungen der Standesordnungen ablesen. Aus der Zweckbestimmung der Standesordnung von 1925 sieht man deutlich, dass es offenbar nötig war, zu vermehrter Kollegialität und stärkerem Zusammenhalt aufzurufen, um sich gegen staatliche Bestimmungen, Krankenkassen und Versicherungsgesellschaften besser wehren zu können.

1955 beschloss die Delegiertenversammlung der Aerztegesellschaft, die Bestimmungen der Standesordnung den Richtlinien des Weltärztebundes und der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtes anzupassen. Auch das Genfer Aerztegelohnis des Weltärztebundes von 1948 (s. S. 25) wurde in die revidierte Standesordnung von 1956 aufgenommen. In der neuesten Standesordnung - die zur

Zeit der Drucklegung dieser Arbeit noch von der Generalversammlung angenommen werden muss - wurde das Genfer Aeztegelöbniß nicht mehr abgedruckt.

3.) Ergebnisse

Jedem neuen Mitglied der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft wurde ein Exemplar der "Gesetze" ausgehändigt, worauf dasselbe eigenhändig seinen Namen in das Verzeichnis der Mitglieder schrieb. Darauf legte es mit Handschlag folgendes Versprechen ab:

Dem Zwecke und den Gesetzen der Gesellschaft nachzuleben, ihre Ehre und ihren Nutzen zu befördern und ihren Schaden abzuwenden, im Umgange mit seinen Berufsgenossen die Würde eines rechtlichen und friedliebenden Mannes zu behaupten, mit Anstand und Bescheidenheit, Belehrung zu geben und anzunehmen, und alles dasjenige zu thun, was zur Veredlung des Arzts und seines Standes dienen mag. (43)

1883 erfolgte eine Neuauflage der Statuten. Neben anderen Neuerungen war nun kein "Versprechen in die Hand des Präsidenten" mehr vorgesehen. Neun Jahre nachdem der Eid der medizinischen Fakultät abgeschafft worden war (vgl. S. 21), verzichtete auch die Aerztegesellschaft auf ein Handgelübde. Von nun an verlangte nur noch der Staat vor der Praxiseröffnung ein Gelöbniß vom jungen Arzte. (vgl. S. 13)

Die Statuten der Aerztegesellschaft regelten den geschäftlichen Teil. Die ethische Seite fehlte noch. Um die Jahrhundertwende kamen Standesfragen vermehrt ins Gespräch. 1923 entstand nach langwierigen Diskussionen die "Standesordnung der Gesellschaft der Aerzte des Kantons Zürich". (44) Zwei Grundsätze beschreiben Zweck und Ziel der Aerztegesellschaft. Sie sind den

29 Paragraphen vorangestellt, welche für die Aerzte detail-
lierte Verhaltensregeln liefern:

- "1) sollen die darin niedergelegten Grundsätze über den Verkehr
der Aerzte unter sich und mit dem Publikum dazu dienen,
dass die unvermeidliche Konkurrenz der Aerzte nicht zu
einem Kampfe mit unwürdigen Mitteln ausarte, welcher die
Ehre des ganzen Standes schädigt,
- 2) soll die gesamte Aerzteschaft des Kantons Zürich durch
Unterwerfung unter diese Ordnung einen festeren Zusammen-
hang erhalten, der sie befähigt, ihre wirtschaftlichen In-
teressen gegenüber dem Staate, den organisierten Kranken-
kassen, den Versicherungsgesellschaften usw. in wirksamer
Weise zur Geltung zu bringen."

Die Zweckbestimmung dieser ersten Standesordnung führt zu der
Vermutung, dass die wirtschaftlichen und "gewerkschaftlichen"
Interessen die ethischen überwogen haben.

Einzelne Bestimmungen der Standesordnung von 1923 wurden im
Laufe der Jahre ergänzt.

Wohl unter dem Eindruck der Verbrechen nationalsozialistischer
Aerzte (Experimente an Häftlingen in Konzentrationslagern, Ver-
nichtung von "lebensunwerten Leben") während des zweiten Welt-
krieges, gelang es der Generalversammlung des Weltärztebundes
1948 in Genf, sich auf einen universell annehmbaren Gelöbnis-
text zu einigen.

Das Genfer Aerztegelöbniß (45)

Im Zeitpunkt meines Eintrittes in den ärztlichen Beruf verpflichte ich mich feierlich, mein Leben dem Dienste der Menschheit zu weihen.

Ich werde meinen Lehrern die schuldige Achtung und Dankbarkeit wahren.

Ich werde meinen Beruf gewissenhaft und würdig ausüben.

Die Gesundheit meines Patienten wird meine erste Sorge sein.

Ich werde das Geheimnis dessen, der sich mir anvertraut, wahren.

Mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln werde ich die Ehre und die stolzen Ueberlieferungen des Aerzteberufes aufrechterhalten.

Meine Kollegen sollen meine Brüder sein.

Ich werde es nicht zulassen, dass sich religiöse, nationale, rassische, Partei- oder Klassengesichtspunkte zwischen meine Pflicht und meine Patienten drängen.

Ich werde das menschliche Leben von der Empfängnis an bedingungslos achten.

Selbst Drohungen werden mich nicht dazu bringen, meine ärztlichen Kenntnisse entgegen den Pflichten der Menschheit anzuwenden.

Ich gelobe dies feierlich, frei und auf meine Ehre.

Mit dem vorliegenden Gelöbnis wurde eine zeitgemässe Neufassung des Hippokratischen Eides versucht. Der junge Arzt sollte diesen Schwur bei der Diplomierung ablegen.

Wer heute in die Gesellschaft der Aerzte des Kantons Zürich eintritt, muss einen Verpflichtungsschein unterschreiben. Darin heisst es:

"Der unterzeichnete Arzt verpflichtet sich, die Statuten, die Standesordnung und die Beschlüsse der zuständigen Organe der Gesellschaft der Aerzte des Kantons Zürich sowie die Statuten der Verbindung der Schweizer Aerzte, die Beschlüsse der Schweizerischen Aerztekammer und die durch Urabstimmung gefassten Beschlüsse anzuerkennen und ihnen getreulich nachzuleben. Er nimmt davon Kenntnis, dass er durch die Unterzeichnung des Verpflichtungsscheines gleichzeitig den Beitritt zum "Aerztesyndikat für die Wahrung wirtschaftlicher Interessen" (wirtschaftliche Abteilung der Verbindung der Schweizer Aerzte) im Sinne von Art. 13 der Statuten des Aerztesyndikates erklärt."

Der Standesordnung von 1956 ist im Anhang auch das Genfer Aerztegelöbnis von 1948 beigelegt. Bereits aus den einleitenden Abschnitten wird deutlich, dass die ethische Haltung des Arztes wieder in den Vordergrund gestellt wurde.

In die neuste Standesordnung (46) - die zur Zeit der Drucklegung dieser Arbeit noch von der Generalversammlung angenommen werden muss - wurde das Genfer Aerztegelöbnis nicht mehr aufgenommen. Das könnte zwei Gründe haben: zum einen fehlt dem Gelöbnistext von 1948 heute die Aktualität, aus der er entstand, zum andern war man bemüht, die ethischen Richtlinien ärztlicher Heilkunst möglichst knapp und offen vorzustellen. Präambel und Artikel 1 rücken den Patienten als Menschen (nicht als Forschungsobjekt) ins Zentrum.

III. ZAHNAERZTE

A. Vom STAAT geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

In der heutigen Zeit betrachten wir es als Selbstverständlichkeit, die Zahnärzte zu den Medizinalpersonen zu zählen. Dies war nicht immer so. Die Tatsache, dass Zähne ziehen, Aderlassen und Schröpfen zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht nur von "richtigen" Medizinern ausgeführt werden durfte, beweist das. Das Ziehen eines faulen Zahnes konnte offenbar auch einem Nicht-Mediziner zugemutet werden.

Als man lernte, einen Zahn nicht nur auszureissen, sondern ihn dem Kauorgan zu erhalten, wurde klar, dass für die Ausübung dieses Berufes mehr Kenntnisse als die Wahl der richtigen und gesäuberten Zange erforderlich wurden. Mit der Anwendung neuer Behandlungsmethoden, z.B. von anaesthesierenden Mitteln, waren Einschränkungen und Verbote bei der Berufsausübung nötig, um Missbräuche, die tödlich enden konnten, zu verhindern. Als sich die Erkenntnis durchsetzte, dass es oft nicht genügt, den einzelnen erkrankten Zahn zu extrahieren, sondern dieser in Zusammenhang zum gesamten Kauorgan gebracht werden muss, war der Aufstieg der Zahnärzte zum selbständigen Berufsstand, der zudem dem heilenden Stand angehörte, vollzogen.

Dies war ein langsamer Prozess, der zudem erst spät einsetzte. Daher blieb diese Entwicklung nicht ohne Auswirkungen auf die Gelöbnisse der Zahnärzte dem Staat gegenüber.

2.) Historisches

Nach Hurwitz (47) waren es gegen Ende des 18. Jahrhunderts vier Berufskategorien, die sich in Zürich mit den Zahnproble-

men der Bevölkerung befassten, nämlich die Aerzte (Doctores), die Bader und Scherer, die Medikamentenverkäufer und Marktschreier sowie die ausländischen Wanderzahnärzte. Im folgenden soll kurz zusammengefasst werden, wie sich der zahnärztliche Berufsstand durch staatliche Verordnungen, Reglemente und Gesetze gestützt, langsam entwickeln konnte (48).

Mit der "Verordnung über die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Geburtshelfer, Hebammen und Viehärzte" (49) versuchte das Sanitätskollegium 1804, die Gruppe von Zahnbehandlern zu verkleinern. Gemäss § 23 der oben erwähnten Verordnung war es den Barbieren künftig nur erlaubt zu rasieren, zur Ader zu lassen, zu schröpfen sowie Blutegel und Klystiere zu applizieren. Selbstverständlich mussten sie zuvor eine Prüfung ablegen und eine Bewilligung erhalten.

Fast 30 Jahre später, 1833, erliess der Gesundheitsrat das "Reglement betreffend die Verrichtung der niedern Chirurgie" (50). Die Berufsgattung der niederen Chirurgen durfte kleinere Operationen wie Aderlassen, Schröpfen und Zahnextraktionen ausführen. Aus den Barbieren, denen nur die ersten beiden Tätigkeiten erlaubt waren, haben sich die Klein-Chirurgen entwickelt, die nach der Prüfung und Patentierung auch Zähne ziehen durften.

Im "Gesetz betreffend das Medizinalwesen" von 1854 (51) scheinen zwei Bestimmungen, die in den nächsten beiden Abschnitten beschrieben sind, besonders erwähnenswert, geben sie doch Einblick in die Entwicklungsphase des zahnärztlichen Standes in Zürich um die Mitte des 19. Jahrhunderts.

In § 6 des Gesetzes wird zwischen den Arbeiten der niederen Chirurgie (s. oben) und der eigentlichen Zahnheilkunst unterschieden. Der Umstand, dass Zürcher Zahnärzte, welche sich z.T. im Ausland ausgebildet hatten, um ein Praxis-Patent nachsuchten, schlug sich offenbar auch im Gesetz nieder.

§ 7 führt die Berufsarten auf, die zu den Medizinalpersonen gezählt werden: Nur Aerzte, Apotheker, Hebammen und Tierärzte gehören dazu, nur sie müssen bei Empfang des Patentbescheides ein Hand-

gelübde ablegen. Personen, die lediglich "einzelne Theile der Heilkunst" ausüben, mussten kein eidesstattliches Gelübde leisten. Interessant ist der Umstand, dass sie aber für begangene Fahrlässigkeiten genauso haften wie die Medizinalpersonen. (52)

In der "Verordnung der Medizinaldirektion betreffend die Ausübung der niederen Chirurgie" vom 15. August 1857 (53) können wir die Absicht des Staates weiterverfolgen, auch jene Personen zu verantwortungsbewusstem Handeln anzuhalten, die nur beschränkt medizinische Eingriffe vornehmen durften: "... Dasselbe [das Patent] wird den Betreffenden durch den Bezirksarzt ihres Bezirkes persönlich übergeben und ihnen dabei das Versprechen für Erfüllung ihrer Pflichten abgenommen" (54)

Die nächsten 10 Jahre waren entscheidend für die Entwicklung des zahnärztlichen Berufsstandes. Auf Initiative einiger profilierter Zürcher Zahnärzte gelang es, die Zahnheilkunde auch gesetzlich von der niederen Chirurgie loszulösen. 1865 genehmigte der Regierungsrat die "Verordnung betreffend die Prüfung und Patentierung von Zahnärzten". (55) In dieser Verordnung war erstmals ein Gelöbnis für Zahnärzte vorgesehen.

Noch Jahrzehnte vergingen, bis man einsah, dass Zahnheilkunst sich nicht nur auf technische Fertigkeiten und Materialkenntnisse beschränken durfte. Je mehr Kenntnisse über Ursache und Folgen des Zahnzerfalls wissenschaftlich belegt wurden, desto unumstrittener war diese Ansicht.

3.) Ergebnisse

Da sich die Berufsstände des Arztes und des Zahnarztes grundsätzlich anders entwickelt haben (s. S. 28), ist es nicht verwunderlich, dass auch die vor der Gesundheitsbehörde abgelegten Gelöbnisse zeitlich und inhaltlich verschieden sind.

Das Gelübde, welches die Zahnärzte seit der Verordnung von 1865 (56) bei Patentempfang ablegen mussten, hatte folgenden Wortlaut:

Bei Empfangnahme des Patentbeschlusses hat der Betreffende anzugeben, dass er seinen Beruf gewissenhaft ausüben, keine nicht in das Gebiet der Zahnheilkunde (§ 1) einschlagenden ärztlichen Verrichtungen übernehmen, die innerliche Behandlung von Kranken, die seine Hülfe in Anspruch genommen haben, wo immer eine solche notwendig wird, einem Arzte überlassen und die Anwendung anästhesirender Mittel nur im Beisein eines solchen vornehmen wolle.

Das zahnärztliche "Gelöbnis" enthält im wesentlichen zwei Verbote. Erstens: Es war dem Inhaber eines Zahnarztpatentes nur erlaubt Zahnerkrankungen zu behandeln. Für eine "innere Behandlung" musste der Patient an einen Arzt weitergeleitet werden. Zweitens: Wollte der Zahnarzt eine Zahnbehandlung unter Anästhesie durchführen, war er verpflichtet, einen Arzt beizuziehen.

Obwohl angenommen werden kann, dass die Zahnärzte ab 1865 oben erwähntes Gelöbnis bei der Patentierung ablegten, wurde in den Protokollen der Sanitätsdirektion das Ablegen des Handgelübdes erst 1880 ausdrücklich erwähnt. Das könnte seinen Grund darin haben, dass ab 1880 auch die Zahntechniker - wenn auch nur für 12 Jahre - Zähne ziehen durften (57), und daher verpflichtet waren, das Zahnärzte-Gelöbnis von 1865 abzulegen.

1892 hob der Regierungsrat auf Antrag der Sanitätsdirektion die "Verordnung betreffend die Prüfung und Patentierung von Zahnärzten und Zahntechnikern vom 15. Mai 1880" (s. Anmerkung 57) auf. Damit war die Trennung zwischen Zahnärzten und Zahntechnikern wieder vollzogen. 1897 gab die Direktion des Gesundheitswesens eine Verfügung heraus, welche den Zahntechnikern verbot, den Titel "Zahnarzt", "Dentiste" oder "Méc. dentiste" zu führen.

Für die Zahnärzte bestand kein Bedürfnis, weder die Prüfung noch die Patentierung neu zu regeln. Das "Bundesgesetz betreffend die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 19. XII 1877 (s. S. 5) wurde 1886 auf die Zahnärzte ausgedehnt. Gleich wie bei den übrigen Medizinalpersonen (Aerzte, Apotheker und Tierärzte) fand das Zahnarztexamen ab 1886 nach einem gesamtschweizerisch einheitlichen Prüfungsreglement statt (58). Die Bewilligung zur Ausübung des Zahnarztberufes blieb Sache der kantonalen Gesundheitsbehörden.

Den Beweis, dass auch 1899 noch von den Zahnärzten, die in Zürich eine Praxis eröffnen wollten, ein Handgelübde verlangt wurde, liefert folgender Eintrag in das Protokoll des Sanitätsrates vom 19. Mai 1899: "Dem Herrn Alfred Guggenbühl von & in Zürich, geb. 1862, wird gestützt auf vorgewiesenes eidg. Diplom, d.d. 1. Mai 1899, und nach abgelegtem Handgelübde die gesetzliche Berechtigung zur Ausübung der zahnärztlichen Praxis im Kanton Zürich erteilt." (59)

An dieser Stelle erwähnenswert ist ein Bezug auf das Handgelübde im Protokoll der Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons Zürich (ZGZ) vom 22. Juni 1899. Clevere Geschäftsleute unter den Zahnärzten und Zahntechnikern wollten sich offenbar den guten Ruf der zahnärztlichen Klinik und Poliklinik der Universität Zürich zunutze machen, indem sie gleich oder ähnlich lautende Aufschriften drucken liessen. Dagegen setzte sich der ZGZ zur Wehr: In einem Brief des damaligen Präsidenten der ZGZ, Professor Billeter, an den Direktor des Sanitätsrates forderte jener gesetzliche Massnahmen gegen den Missbrauch vor irreführenden Reklametafeln. Wörtlich heisst es in diesem Schreiben: "...es darf dies billiger Weise verlangt werden sowohl im Interesse des geschädigten Publikums als auch zum Schutze derjenigen Zahnärzte, welche ihren Beruf dem beim Patentempfang abgelegten Gelübde gemäss gewissenhaft ausüben..." (60). Damit wird auch eine mögliche Interpretation gegeben, was damals unter "gewissenhaft" zu verstehen war.

Ab 1899 fehlt in den Protokollen des Sanitätsrates jeglicher

Hinweis auf das Handgelübde, welches die Zahnärzte bei der Patentierung ablegten.

Wie lange die Zahnärzte das Gelöbnis aus dem Jahre 1865 bei der Patenterteilung noch ablegen mussten, konnte nicht festgestellt werden. In der "Verordnung über die Ausübung der zahnärztlichen Tätigkeit vom 23. Nov. 1933" (61) wurde kein Gelöbnis mehr erwähnt.

B. Von der UNIVERSITAET geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Die Einrichtung einer staatlichen, akademischen Ausbildungsstätte für Zahnärzte in Zürich erfolgte erst 1895. Die Gründung der zahnärztlichen Schule fiel somit in eine Zeit, in der die Jura juranda der verschiedenen Fakultäten bereits abgeschafft waren.

2.) Historisches

Die Anfänge der zahnärztlichen Lehrtätigkeit in Zürich gehen auf das Jahr 1862 zurück, als Johann Billeter, Arzt und Zahnarzt, an der medizinischen Fakultät der Universität die ersten Vorlesungen über Mundorgane hielt. (62) Den praktischen Unterricht erteilte Billeter mit einigen Kollegen zusammen in der, auf private Initiative hin (vgl. Medizin-Chirurgisches Institut S. 17) 1866 errichteten zahnärztlichen Armenpraxis. Die "Verordnung der Prüfung und Patentierung der Zahnärzte" von 1865 (63) brachte in Zürich eine deutliche Hebung der Anforderungen an Kandidaten der Zahnmedizin. Diese kantonale Prüfungs- bzw. Patentierungsverordnung von 1865 wurde 1888, mit der Annahme der Ausdehnung des "Bundesgesetzes über die Freizügigkeit der Medizinalpersonen von 1877" auf die Zahnärzte, durch eine ge-

samtschweizerische Examensordnung ersetzt. Auch die Zahnärzte wurden ab 1888 eidgenössisch diplomiert und durften ihren Beruf auf dem gesamten Bundesgebiet ausüben. Die Praxisbewilligungen waren jedoch noch immer Sache der Kantone.

Die erste zahnärztliche Schule in der deutschen Schweiz - Genf eröffnete seine Ecole Dentaire schon 1881 - wurde 1895 in Zürich an der Schmelzbergstrasse eröffnet. 1912 wurde sie in die Zürichbergstrasse verlegt und hiess von da an Zahnärztliches Institut.

Der ersten Promotionsordnung für Zahnärzte ging ein zähes Ringen um die Anerkennung der zahnärztlichen Ausbildung durch die medizinische Fakultät voraus. 1914 war es soweit: erstmals in Europa, verlieh die medizinische Fakultät der Universität Zürich auch Zahnärzten den Dokortitel.

3.) Ergebnisse

Studenten oder Promovierende der Zahnmedizin legten in den Zürcher Ausbildungsschulen aus den geschilderten Gründen offenbar nie ein Gelöbnis ab.

Abschliessend sei erwähnt, dass Herr Professor Hans H. Freihofer in seiner Vorlesung über "praktische zahnärztliche Berufsfragen" als Richtlinie für zahnärztliche Ethik den Studenten jeweils eine Fotokopie der "Internationalen ethischen Prinzipien für den zahnärztlichen Berufsstand", welche am XIV. Weltkongress der Zahnärzte von 1967 in Paris angenommen wurden, aushändigte:

1. Hauptaufgabe des Zahnarztes ist es, die Gesundheit seiner Patienten ohne Ansehen von Nationalität, Rasse, Glauben, politischer Anschauung und sozialen Standes zu bewahren und wiederherzustellen.

2. Der Zahnarzt soll stets die Notwendigkeit der Konsultation mit anderen zahnärztlichen oder ärztlichen Kollegen mit spezieller Ausbildung und Kenntnissen bzw. grösserer Erfahrung in Betracht ziehen.
3. Das Berufsgeheimnis ist absolut. Es ist die Pflicht des Zahnarztes, darauf zu sehen, dass auch sein Hilfspersonal diese Regel befolgt.
4. Der Zahnarzt soll keine Leistung oder Handlung, die in seine Kompetenz fällt, weniger qualifizierten Personen übertragen.
5. Der Zahnarzt soll die Würde und das Ansehen des Berufsstandes aufrecht erhalten und jedes Verhalten, welches die öffentliche Wertschätzung des Berufsstandes beeinträchtigen könnte, vermeiden.
6. Der Zahnarzt soll seine Kenntnisse und Fähigkeiten durch Fortbildung untermauern.
7. Anerkannte Massnahmen zur Verbesserung von Gesundheit und Zahngesundheit sollen durch den Zahnarzt gefördert werden. Der Zahnarzt soll in geeigneter Weise für die Gesundheitserziehung in der Öffentlichkeit wirken, vorausgesetzt, dass dies mit der Würde des Berufes und mit den Regeln des zahnärztlichen Berufsstandes des Landes in Einklang steht.
8. Der Zahnarzt soll seinen Ruf nur durch berufliche Leistungen für seine Patienten und für die Gesellschaft vermehren.
9. Der Zahnarzt soll sich gegenüber seinen Kollegen so benehmen, wie er es sich gegenüber täte.
10. Die Zahnärzte haben die Pflicht, sich gegenseitig beruflich zu unterstützen.

11. Wird der Zahnarzt von einem Patienten eines anderen Zahnarztes konsultiert, soll der Zahnarzt jeden Zustand, der eine Gefahr darstellt, behandeln, den Patienten aber dann zu seinem Zahnarzt zurückweisen.
12. Der Zahnarzt soll sich nie über die Leistung eines anderen Zahnarztes in der Gegenwart eines Patienten abfällig äussern. Wenn es das Wohlergehen eines Patienten verlangt, dass eine korrigierende Behandlung vorgenommen werden muss, so soll diese so durchgeführt werden, dass eine abfällige Bemerkung über den behandelnden Zahnarzt oder über den Berufsstand vermieden wird.
13. Der Zahnarzt hat die Pflicht, den Fortschritt des Berufsstandes durch die Mitgliederschaft in seiner beruflichen Organisation und durch die Beachtung ihrer ethischen Vorschriften zu unterstützen.
14. Der Zahnarzt hat die Pflicht, die Früchte seiner Entdeckungen und Arbeiten allen zur Verfügung zu stellen, wenn sie zum Schutze und zur Förderung der Gesundheit der Oeffentlichkeit nützlich sind. Patente und Urheberrechte können vom Zahnarzt gesichert werden, vorausgesetzt, dass sie und die finanziellen Vorteile, die aus ihnen erwachsen, nicht zur Beschränkung der Forschung, des Gebrauchs oder der Vorteile des urheberrechtlich geschützten Materials verwendet werden.

C. Von der ZAHNAERZTEGESELLSCHAFT geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Aehnliche Ueberlegungen wie die Gründer der Aerztegesellschaft des Kantons Zürich stellten wohl auch jene Zahnärzte an, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts die zahnärztlichen Berufsorganisationen ins Leben riefen. Sie sahen ein, dass der Kampf um An-

erkennung des sich neu entwickelnden Berufsstandes bei gemeinsamer Basis erfolgreicher geführt werden konnte.

Den Statuten gemäss war der Zweck des zahnärztlichen Vereins, unter den Mitgliedern Kenntnisse und Erfahrungen auszutauschen. Gleichzeitig sollte die Kollegialität gepflegt werden.

Zahnärzte, die der Berufsorganisation beitraten, waren - im Gegensatz zu den Aerzten - nie verpflichtet worden, ein Gelöbnis abzulegen.

2.) Historisches

Als Zeichen gesamtschweizerischer Solidarität gründeten 1886 sieben Zahnärzte die "Schweizerische Odontologische Gesellschaft".

Obwohl schon in den sechziger Jahren einige Zürcher Zahnärzte regelmässig fachliche und standespolitische Fragen diskutierten, wurde der "Zahnärztliche Verein Zürich" erst 1888 offiziell aus der Taufe gehoben. Seit 1913 heisst er Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons Zürich (ZGZ).

Wie die Aerztegesellschaften hatte auch die schweizerische Zahnärztevereinigung das Bedürfnis, sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Standesordnung zu geben (s. S. 22).

Die erste schweizerische Standesordnung für Zahnärzte - sie hatte auch Gültigkeit für die Zürcher Sektion, die Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons Zürich - trat 1929 in Kraft. Beachtlich ist, dass bereits die erste Standesordnung die Zahnärzte verpflichtete, das Berufsgeheimnis zu wahren. Im Laufe der Zeit wurde sie mehrere Male den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst.

3.) Ergebnisse

Wer in den zahnärztlichen Verein Zürich bzw. in die Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons Zürich eintreten wollte, musste ein Aufnahmegesuch stellen. Ueber die Aufnahme eines neuen Mitgliedes wurde abgestimmt. An diesen Aufnahmemodalitäten hat sich bis heute nichts geändert. Die Unterschrift unter das Aufnahmegesuch gilt juristisch als Verpflichtung, die Standesordnung und weitere Erlasse der schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft zu befolgen.

In der heute gültigen Standesordnung von 1969 (64) heisst es in Art. 1:

"Als Mitglied eines akademischen Berufsstandes unterzieht sich der Zahnarzt zum Nutzen des Patienten den anerkannten und überlieferten ärztlichen Regeln. Er bekennt sich zu den Grundsätzen des Genfer Aertzegelöbnisses". (s. S. 25)

Mitglieder der Zahnärzte-Gesellschaft des Kantons Zürich oder der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft sind also verpflichtet, sich an die Grundsätze des Genfer Aertzegelöbnisses von 1948 zu halten.

IV. HEBAMMEN

A. Vom STAAT geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Während Jahrhunderten war es die verantwortungsvolle Aufgabe der Hebammen, der schwangeren Frau mit Rat und Tat beizustehen, eine normale Geburt selbständig zu leiten und nach der Geburt Wöchnerin und Kind zu überwachen. (65) Der Staat betrachtete es seit jeher als seine Pflicht, diese wichtigen Verrichtungen der Wehemütter genau zu kontrollieren. Seit Beginn des 15. Jahrhunderts schrieben Eide und Ordnungen den Hebammen vor, was sie tun und lassen sollten. (66) Die Aufsicht über die Tätigkeiten der Hebammen hatte in Zürich anfänglich der Stadtarzt, später die Sanitätsbehörden. Auch die Pfarrherren auf dem Lande übten lange Zeit Kontrolle über die Arbeit der Hebammen aus. (67)

Genauso wie der unterschiedliche Ausbildungsstand der Stadt- und Landhebamme sowie die Unterteilung in beeidigte und Spetthebammen (Hilfshebammen) während der Helvetik, hatte die Einführung einheitlicher Hebammenlehrkurse zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch seine Auswirkungen auf die Gelöbnistexte der Hebammen.

2.) Historisches

Noch um einige Jahre älter als die "Ordnung umb den Statt- Artzet, so Doctor ist. Rahtschlag was Doctor Conrad Gessner zu thun schuldig ist." (68), ist die "Hebammen-Ordnung, die sie jährlich schweeren sollen" (69). Sie ist mit der Jahreszahl 1536 versehen. Den alljährlichen Schwur hatten die Hebammen vor dem Stadtarzt abzulegen. Es war die Pflicht des Archiaters (erster Stadtarzt) die Hebammen: ".... zu behören, examinieren

und unterrichten nach seinem besten vermögen...". (70)

Der "Eydt der Hebamēn, den sie söllend schweeren und loben" (71) ist leider ohne Datum im offiziellen Eyd-Buch aus dem Jahre 1676 eingetragen (s. S. 40 f.) Bis auf einen Abschnitt ist die Hebammen-Ordnung praktisch identisch mit dem "Eydt". "Eydt" und "Ordnung" der Hebammen geben einen guten Einblick in das mittelalterliche Hebammenwesen.

Schon früh gab es in Zürich Aerzte, die ihr Wissen in der Geburtshilfe drucken liessen. Zu erwähnen sind Rueffs Hebammenbuch: "Ein schön lustig Trostbüchle von den empfangnissen und geburten der menschen" (72) oder das "Kinder- und Hebamēn-Büchlein (73), welches Johannes von Muralt (1645 - 1733 s. S. 17) verfasste.

Obwohl der Staat der Hebammenausbildung grosse Bedeutung beimass, und um die Mitte des 18. Jahrhunderts mit praktischem Unterricht im Spital und im Obduktionsraum begonnen wurde, herrschte im 17. und 18. Jahrhundert vor allem auf dem Lande grosser Mangel an ausgebildeten Hebammen. (74) Mit der "Verordnung die Hebammen auf der Landschaft betreffend" (75) versuchten Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich 1782 der schlechten Versorgung der Landschaft mit erfahrenen Hebammen beizukommen.

Auch Joh. Hch. Rahn erkannte den Missstand, unter dem vor allem die Landbevölkerung litt. Leider nur kurze Zeit, von 1782 - 1795, nahm er zur Kosthaltung auch Hebammenschülerinnen, z.T. ohne Entgelt, in sein Seminar auf (s. S. 17).

Ein weiterer Förderer und Reorganisator des Hebammenunterrichts war Hans Caspar Hirzel (1751 - 1817). Er verfasste das "Lesebuch für das Frauenzimmer über die Hebammenkunst" (76), welches jede Gemeinde anschaffen musste. Hirzel jammert in der Einleitung zu seinem Werk: "Der Herr Pfarrer schrieb einen Brief an den obersten Stadt-Arzt, und empfiehlt die neue Hebamme zur Prüfung zum Examen, (wie mans nennt). Der Herr Stadt-Arzt fragte schwer und leicht, und auch nur Sachen, die alle

Weiber wissen sollen, aber glaubt ihr, dass sie etwas gewisst haben? Mein Gott! das war nicht zu begreifen, wie unwissend und einfältig die Weiber da antworteten; was war zu thun, diese Weiber waren nun einmal zu Hebammen erwählt, der Stadt-Arzt las ihnen die Pflichten vor, nahm ihnen das Handgelübd ab, wobei die vernünftigen herzlich weinten, und so waren sie Hebammen, aber verstuhnden von der Kunst so wenig als ein Kind."

Am 17. Juni 1801 bekam Hirzel vom Sanitätskollegium den Auftrag, eine neue Hebammenordnung auszuarbeiten. 14 Tage später wurde sie angenommen und im Protokollbuch festgehalten. Sie enthält in zehn Abschnitten unter anderem auch alle jene Vorschriften, welche in den Eidesformeln ausführlich beschrieben sind.

Entscheidend gebessert hat sich jedoch der Ausbildungsstand der Hebammen erst mit der Wahl eines besoldeten Hebammenlehrers, der ab 1816 regelmässige Lehrkurse durchführte.

3.) Ergebnisse

Da einige Grundsätze des alten Hebammeneides des 16. Jahrhunderts auch in die Gelobungsformeln des 19. Jahrhunderts aufgenommen wurden, soll dieses Gelöbnis im Wortlaut aufgeführt werden. (77)

Eydt der Hebamēn, den Sie söllend schweeren und loben

Unsser' Stadt-Hebamēn söllend geloben und schweeren, Ihrem Ambt gethreuwlich zu warten, und zu den Leüthen zugahnd, so Sie erforderat werdent, es sejge tags oder nachts, jnerhalb der Stadt oder an der nähe vor den Thoren jnn den Wachten; zů dem Armen alss zu den Rejchen, und zů den Rejchen alss zů den Armen, und daselbst dass wegst und best zuthünd, und von Niemandts zegahnd, zů dem Sie dess erst erforderet sind, biss dass die Sach hinüber kombt,

es beschehe dañ mit gûtem willen und erlauben, und Sie auch selbs bedunke, dass es ohn noth und Sorg mög beschehen.

Unnd so Sie erforderat wordent zû Frauwen, sie jnn Kindts nöthen stahnd, sollend Sie haben bey Ihnen, zu dem minsten zwo Frauwen, und ob Sie nit da warind, die beschickind.

Sie sollen auch kein Frauwen nöthen zû der Arbeit, es sejge dann da die recht Zyt und Kindtswee, und an keinem orth ejlen, damit Sie daselbs geräch werdint, und anderstwohin komint dardurch sich die gurt möchte verkehren, oder anderer schad beschehen.

Auch sollend Sie so ein Frauw genisst, dass gertennäbelj nit abschnyden, Sie habind dann dass vorgeheft und versehen, dass es Ihnen nit möge entrüñen, und so die andere purt beschieht, dass püschelj vergraben oder verbreñen, damit dasselb kein schad beschäh.

Sie söllent auch zû keiner Frauwen, es sejge zû dem Kind oder zû der anderen geburth, dermassen gerufen, dass dem Kind, noch der Frauwen darnon, kein schad beschäh.

Ob auch die nothurft erforderte, dass man zu der Hebañen einer, noch ein andere Hebañ zu der ersten beschickte, soll Ihren keine desshalb gegen der anderen keinen Unwillen haben, sonder sollent Sie beid, die erst und ander einanderen helfen und warthen, dass best und wegst, dass der Frauwen in den nöthen und dem Kind in der geburth zu gutem mag erschiessen.

Die Hebañen sollent auch Ihren rechten Lohn nehmen, namlich von einer Rûden Frauwen 10 Schilling. Von einer Schneggen Frauwen 5 Schilling. Von anderen Frauwen 5 Schilling. Von jeder von dem ersten Kind, und demnach von dem anderen Kind 3 Schilling 4 Heller und von Unehelichen Kindern von yedem allweg 5 Schilling dass seye iñ der Stadt oder darvor, und darzu Ihr Fronfastgelt von der Stadt und

nit mehr, eins gebe Ihnen dan̄ gûts willens mehr.

Unnd sonst so sollend auch die Hebam̄en gût Sorg haben, und dass best thun̄ für sich selbst, und mit Rath anderer Frauen, die bey Ihnen sind; unnd ob Sie fundint mangel, schaden, oder geprästen an den geburten dass argwönnig were, dasselbig zuleiden einem obristen Stadtknecht, und nit von der Stadt und ussert den Wachten zugahnd, ohn erlaubiss eines Bürgermeisters, Alles gethrewlich und ohn alle gefahrd.

Unnd dissern Eydt oder gelüpniss soll Unnsser Stadt jährlich, und so eine von erst zû Hebam̄ wirt genōmen, von Ihnen nehmen, damit dem statt beschähe.

An erste Stelle gerückt ist die heilige Pflicht, ohne soziale Unterschiede zu machen, jederzeit, wo Hilfe beim Gebären gefordert wird, solche zu leisten. Ein wichtiges Anliegen scheint es gewesen zu sein, die Hebammen beim Geburtsvorgang zu Geduld und Besonnenheit zu ermahnen. Es wird von der Hebamme vorausgesetzt, dass sie die verschiedenen Wehenarten richtig diagnostiziert, um die Gebärende im geeigneten Zeitpunkt zum Pressen auffordern zu können. Bei jeder Geburt sollen zwei Frauen der Hebamme an die Hand gehen. In einem weiteren Abschnitt wird das Vorgehen bei der Abnabelung beschrieben. Offenbar war es auch nötig, die Hebammen aufzufordern, sich bei schwierigen Geburten gegenseitig zu unterstützen und den Brotneid hinter das Wohl von Mutter und Kind zu stellen. Auch der Lohn der Hebammen wurde im Eid genau festgelegt. Eine Frau, deren Mann der Gesellschaft zum Schneggen angehörte, musste nur halb soviel bezahlen für eine Geburt, nämlich 5 Schilling, wie eine Frau, die der offenbar vornehmen Rüden-Zunft angehörte. Für die Geburtshilfe des zweiten Kindes wurde eine Ermässigung gewährt. Auf diese Verbilligung der Geburtskosten konnten jedoch die ledigen Mütter nicht zählen. Sie hatten für jedes uneheliche Kind, gleichsam als Straftarif, 5 Schilling zu bezahlen. Von der Stadt erhielten die Hebammen ebenfalls einen bestimmten Betrag, das soge-

nannte "Fronfastengelt". Eine letzte Bestimmung verlangte von den Hebammen, Verdächtiges sofort einem Stadtknecht zu melden. Schliesslich war ihnen verboten, sich ohne Erlaubnis des Bürgermeisters aus der Stadt zu begeben.

Helvetik (1798 - 1803)

In "Eyd und Ordnung der Stadthebammen in Zürich" (78) aus dem Jahre 1801 ist einleitend genau bestimmt, dass vier vereidigte Hebammen und vier Hilfshebammen (Spetterinnen) die Stadtzürcher-Frauen beim Gebären betreuen mussten. Auch die Nachfolge und die Vereidigungszeremonie wurden festgelegt.

Inhalt und Form des Eides von 1801 sind in einigen Abschnitten fast wörtlich gleich mit jenem aus dem 16. Jahrhundert. Einige Bestimmungen sind leicht abgeändert, allgemeiner formuliert oder ergänzt worden. Ein wichtiger Unterschied soll erwähnt werden: in der Helvetik mussten die Wehemütter geloben, bei schwierigen Geburten, die für Mutter oder Kind tödlich enden könnten, rechtzeitig einen "erfahrenen und geübten Hebammenmeister" zu benachrichtigen - ein Versprechen, welches in der Praxis wohl kaum immer erfüllt werden konnte. Die Durchsicht der Protokolle ergab den Eindruck, dass vor allem in ländlichen Gegenden ein Mangel an Aerzten und Wundärzten, die zusätzlich in der Geburtshilfe ausgebildet waren, herrschte.

Nachdem die Hebammen dem Präsidenten des Sanitätskollegiums das Handgelübde geleistet hatten, wurden die nun vereidigten Wehemütter nochmals ausführlich und eindringlich auf die wichtigsten Verhaltensregeln aufmerksam gemacht:

Erstlich und vor allen dingen Gott den Allmächtigen, der euch zu diesen Geschäften berufen hat, eingründig zu biten, und anzurufen, dass er euch samtlichen die Gnad, Segen und heiligen Geist verleihen wolle, damit ihr euer Amt, an welchem gar viel gelegen ist, wohl und recht verrichten könēt. So dañ diesem eüerm Amt und Beruf, es seye bey Tag oder

Nacht, früh oder spat, getreulich zů warten, auch ohne Ansehũng der Person gleich und gemein zů seyn, dem Armen wie dem Reichen und Jederman, was Stands und Würdens die seyen, und so ihr da oder dorthin berufen werdet, willig und bereit zů seyn, allen möglichen Fleiss und Treu zů beweisen, damit keine Frau můthwilliger oder fahrlässiger Weise versaũt werde.

Und dieweilen den Weibspersonen überhaupt, besonders aber denen Hebamēn kein Laster unanständiger ist, als die Trůnkenheit, indem darauß gar leicht allerley Mängel und geprästen entstehen können, so sollet ihr alles Ernsts gewar-net seyn, dass ihr eũch mit dem Trůnk nicht überneēen, und eũch den Wein nicht lasset zů lieb seyn, sondern eũch eines ehrbaren, nüchtern, zũchtigen und gottesfůrchtigen Lebens befleisset, damit ihr zů allen Zeiten bereit seyet, zů thũn, was die Sachen von eũch fordern, in der ausdrũklichen Meinũng, dass, wann zũm nicht verhoffenden Fall hier-über von eũch geklagt wũrde, man gegen diejenigen, so sich hierinĩfalls verfehlen wũrde, mit angemessener Strafe zů verfahren nicht unterlassen werde.

Solle eũch zů unabweichlicher Pflicht geleet seyn, von keiner in Kindesnůthen befindlichen Fraũen, insonderheit wo es unbemittelte betrifft, und die Sachen sich verweilen wollten, zů weichen oder hinweg zů trachten, sonder zů verharren, bis dass ihr eũch der Beschaffenheit der Sachen wohl erkũndiget, und deutlich wahrgenůmen habt, ob die in-stehende Zeit der Niederkũnft und die ächte Kindes-Wehen vorhanden seyen oder nicht. Waĩ ihr aber bei eũerem gũten Gewissen befãndet, dass es nũr unbedeutende Wehen und die Zeit der Gebũrt noch nicht zũgegen seye, alsdaĩ solle eũch wohl erlaubt seyn, bei etwan dazũ komēnden andern Vorfal-lenheiten, zů bitten, eũch fũr einige Zeit entfernen zů dũrfen. Ihr sollet desswegen in beiderlei Fãllen fũrsich-tig, klũg und bedãchtlich handeln: die Fraũen nicht, (wie es etwaĩ entweder aus nicht hinlãnglicher Keĩniss oder aber niedertrãchtiger Gewĩnsũcht unterstanden wird und

beschiehet,) vor gebührlicher, rechter Zeit zů der Arbeit antreiben und anstrengen, in denen, wañ man die Fraüen, ehe es die Noth erforderet, und die rechten Kindeswehen und austreibende Kraft vorhanden ist, zůr Arbeit antreibt, daraüs grösser Schaden erfolgen kañ; allermassen sie sich vor der Zeit abmatten, und hernach vor Schwäche nicht mehr arbeiten mögen. Ihr seyt deswegen nochmahl ernstlich gewarnet, wañ die Sachen sich verweilen wollten, darům nicht zů eilen oder unwillig zů werden, und eüch vor aller diessfälliger Klage zů vergäumen.

Wañ ihr aber erkenet, dass die rechte Zeit der Geburt und die natürlichen Wehen vorhanden seyen, und dessen versichert seyt, als dañ sollet ihr die Fraüen mit geschikten und freundlichen Worten trösten, aufmuntern und ermahnen, nicht erschrocken, sondern herzhaft und arbeitsam zů seyn, und in dem Fall, dariñ sie seyen willig und gerne zů folgen. Mithin eüer Wegst und Bestes thůn, und also an Sorgfalt und Fleiss nichts erwinden lassen.

Endlich sollet ihr wohl betrachten, was und wem ihr geschworen habet; ihr schwöret einen Eyd, und rüfet damit Gott zům Zeügen an, über alles, was ihr versprochen.

Ihr schwöret nicht nůr der Obrigkeit, so eüch angenōmen und erwählet hat, vor Gott dem Allmächtigen, dessen Allwissenheit nichts verborgen bleibt; dessen Heiligkeit und Gerechtigkeit, die so seinen Namen missbraüchen und vergeblich führen, nicht üngestraft, hingegen aber auch diejenigen nicht unbelohnt lassen kañ, so ihrem Eyd nachkōmen, ihme dienen und seinen Namen in solchem Fall heiligen.

Ihr schwöret heiliglich und wohlbedächtlich, und versprechet dabei festzůstehen und zů halten, darům ihr auch dieses Eyds niēer vergessen sollet, damit nicht, wañ ihr aüf einige Weise darwider gehandelt hättet, eüer Gewissen eigen [.] eüch hernach anklage und verdañe. Hieran sollet ihr eüer Lebenlang gedenken, und eüch eüers Eyds sonderheitlich eriñern, wañ ihr zů gefährlichen Zuständen

oder armen Leuten gefordert werdet, dan̄zumal euch nicht zů saumen, sonder zů gedenken, dass ihr diesen zů gutem bestellt, und auch sie Menschen und Gottes Kinder seyen. Oder wañ es vielen Verdrüss und Beschwerden gäbe, dass ihr dan̄zumalen nicht ungedültig werdet, und euch entziehet, oder alsdañ bald nach der Geburt die armen Weiber, von denen ihr nicht viel oder nichts zů hoffen habet, hilflos stehen lasset.

Und so euch eigene Geschäfte vorfinden, dass ihr solche den Berufsgeschäften nicht vorziehet, sondern damit nichts versäumet werde, allzeit bei Hauße Bescheid hinterlassen, wo ihr anzutreffen seyet.

Einige auffallende Weisungen sollen im folgenden hervorgehoben werden. Es fällt sofort auf, dass in die ergänzenden und erläuternden Bestimmungen ein neues Element gebracht wurde: die Religiosität. Das Hebammenamt soll als eine Berufung aufgefasst werden. Gebete könnten helfen, die tägliche Arbeit segensreich zu verrichten. Gegen Schluss wird daran erinnert, dass bei der Vereidigung Gott als Zeugen angerufen wurde. Im Gegensatz zu den Aerzten legten die Hebammen 1801 kein Handgelübde ab, sondern wurden **v e r e i d i g t**. Das Sanitätskollegium erachtete es offenbar für nötig von den Hebammen - ihrem damaligen Status entsprechend - einen Eid zu fordern. Wer ihn verletzte, musste mit der Strafe des Allmächtigen rechnen, wer ihn befolgte, würde einmal belohnt werden.

Weiter ist bemerkenswert, wie einzelne Ermahnungen an die Hebammen darauf abzielen, finanziell schwache Frauen zu schützen. Schon im ersten Abschnitt wird verlangt, dass die Wehemütter "... auch ohne Ansehen der Person gleich und gemein zu seyn,..." An einer anderen Stelle wird betont, dass auch Mütter und Kinder, die aus armen Verhältnissen stammen, Geschöpfe Gottes seien.

Ein eigener Abschnitt befasst sich mit der Trunksucht. Unter Strafandrohung werden die Hebammen vor dem übermäßigen Genuss

von Alkohol gewarnt: "..., so sollet ihr alles Ernsts gewarnet seyn, dass ihr euch mit dem Trunk nicht überneñen, und euch den Wein nicht lasset zu lieb seyn,...".

Hirzel und die Sanitätsbehörden hatten deutlich erkannt, dass zwischen Landschaft und Stadt Zürich auch in der medizinischen Versorgung deutliche Unterschiede herrschten. Die Eidesformeln der Stadt- bzw. Landhebammen können einen Hinweis auf den ungleichen Ausbildungsstand der Geburtshelferinnen geben.

Die Beeidigungsformel der Landhebammen enthält präzise Anweisungen, wie sich die Hebammen in bestimmten Situationen zu verhalten haben. Ein paar Abweichungen im Eidestext der Landhebammen gegenüber jenem der Kolleginnen in der Stadt, seien kurz beschrieben:

Gleich zwei Abschnitte ermahnen die Land-Wehemütter bei Zwischenfällen während der Geburt einen Geburtshelfer zu rufen. Bei Komplikationen scheint das Vertrauen in die ländliche Hebammenkunst nicht gross gewesen zu sein.

Auch der Dorfpfarrer hat seine Aufgabe bei einer aussergewöhnlichen Geburt. Verhindert ein "unbändiges und unvernünftiges Weib" die gynäkologische Untersuchung durch die Hebamme, soll der Geistliche die Schwangere "zurecht weisen".

Schliesslich sei noch erwähnt, dass die Anweisung, nach der Geburt die Nabelschnur nicht durchzuschneiden, bevor mit entsprechenden Massnahmen ("geheft und versehen") die Verblutungsgefahr behoben war, für die Landhebammen - in Anlehnung an den Eydt" aus dem 16. Jahrhundert (s.S. 41) - noch aufgeführt wurde. Im Gelöbnistext der Stadthebammen fehlt jedoch diese Bestimmung bereits.

Nach der Vereidigung wurden auch den Landhebammen ihre "Pflichten" vorgelesen. Ueber weite Teile stimmen ihre Verhaltensregeln mit jenen der Stadthebammen überein. Einige zusätzliche Weisungen erlauben Rückschlüsse auf den Status, welchen die Hebammen auf dem Land im Vergleich mit ihren Stadt-Kolleginnen hatten:

Den Landhebammen wird warm ans Herz gelegt, reinlich, schamhaft und vor allem verschwiegen zu sein. "... den Unreinlichkeit und Unsäuberlichkeit bringen vielerlei Schaden, und erweken Ekel; Ungezogenheit benimmt euch das Zutrauen, weil jede ehrbare Frau auch vor Weibspersonen die Schamhaftigkeit gern beobachtet; und Klatscherei ist der schlimmste und unerträglichste Fehler einer Hebame, weil gar zu viel Unheil und Verdruss daraus entstehen könnte, und nothwendig eine Hebame dadurch alle Liebe der Weiber verlieren würde." (79)

Offenbar besorgt waren die Gesundheitsbehörden um die Ausbildung ihrer ländlichen Geburtshelferinnen: sie ermahnten diese zu täglicher Lektüre im Hebammen-Buch.

Der Futterneid zwischen den geschworenen Hebammen und den Spetterinnen wurde in einem weiteren Abschnitt missbilligt. Nicht leicht hatten es offenbar die Spetthebammen auf dem Land, vom Wissen und der Erfahrung der beeidigten Hebammen zu profitieren, obwohl diese verpflichtet waren, die Hilfshebammen, die ja später ihre Nachfolgerinnen werden sollten, bei den Geburten assistieren zu lassen.

Schliesslich werden die Wehemütter auf dem Lande auch angewiesen, uneheliche Schwangerschaften oder sonst Verdächtiges heimlich dem Pfarrer zu melden, damit er die Behörden informieren konnte. Die Anzeige rechtfertigten die Behörden wohl dadurch, dass viele Abort-Versuche jener Zeit für Mutter und Kind schwerwiegende Folgen hatten oder sogar tödlich verliefen. Auch die Tötung eines Neugeborenen dürfte zur Meldepflicht der Landhebammen gehört haben.

Zu erwähnen bleibt noch die Beeidigungsformel der Spetthebammen auf der Landschaft. (80) Für die ländlichen Hilfshebammen wurde - im Gegensatz zu den Spetterinnen in der Stadt, die den gleichen Eid ablegten wie die gewählten Hebammen - eine eigene Eidesformel verfasst. Inhaltlich bringt der Eid der Spetterinnen wenig neues. Für die Hilfshebammen gelten die gleichen Pflichten wie für die Landhebammen. Gemäss der hierarchischen Abstufung in vereidigte Landhebammen und Spetterinnen

waren auch die Befugnisse verteilt: Die Hilfshebammen werden eindringlich ermahnt, ihren Lehrmeisterinnen zu gehorchen und bei keiner Gelegenheit Verleumdungen zu verbreiten. Weiter ist ihnen verboten, von Gebärenden Lohn zu fordern. Nur freiwillige Gaben dürfen die Spetterinnen annehmen.

Gleich wie die Aerzte (s. S. 6) erhielten auch die Hebammen in den Jahren 1801 - 1803 nach bestandener Prüfung ein Attestat ausgehändigt. Das schriftliche Zeugnis, welches in den 3 Jahren ständig leicht verändert wurde, fasste die wichtigsten Verhaltensregeln der Geburtshelferinnen nochmals ausführlich zusammen.

Fr. N. von N. alt. - hat bey der von dem Sanit. Koll. des Kantons Zürich mit ihr vorgnomenen Prüfung über die Hebammenkunst gezeigt, dass sie den genossenen Unterricht viel und sorgfältig benützt, und sich bereits die erforderlichen praktischen Erfahrungen zu Ausübung dieses Berufs erworben habe zu dessen Bekräftigung wird ihr durch gegenwärtiges Examenattestat von dieser Behörde das Zeugnis ertheilt, dass ihr allerorten / jedoch mit Vorbehalt der bestehenden Polizej und Wahlverordnungen / die freye Ausübung der Hebammenkunst ohne Bedenken gestattet werden könnj und da sie gegen das Presidium durch ein feyerliches Handgelübde sich verpflichtet hat, dass sie von der Wichtigkeit dieses Berufes überzeugt, sich die strenge und gewissenhafte Erfüllung aller damit verbundenen Pflichten, Sorgfalt, Thätigkeit, Verschwiegenheit und Nüchternheit zur unverbrüchlichen, heiligen Regel machen, eingedenk der auf ihr ruhenden hohen Verantwortlichkeit, sich vor jeder Nachlässigkeit und Versäumniss hüten, sich dagegen je länger je mehr zu vervollkommen trachten, und in schwehren Fällen ungesäumt um die Hülfe eines geschickten Geburtshelfers umsehen werde - so wird ihr zu ihren bevorstehenden Verrichtungen der Seegen des Höchsten bestens angewünscht. (81)

Die Examensattestats überreichte der Präsident des Sanitätskollegiums nicht selber. Diese Aufgabe wurde dem Pfarrer jener Gemeinde übertragen, in der die Hebamme ihre Arbeit aufnahm. Bei dieser Gelegenheit sollte er die angehenden Geburtshelferinnen nochmals, zum Wohle seiner Schäflein, an ihre Pflichten erinnern.

Mediation (1803 - 1815)

In der Mediationsperiode liessen sich keine Abänderungen der Gelöbnistexte und Berufspflichten feststellen. (vgl. "Verordnung über die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Geburtshelfer, Hebammen und Viehärzte" vom 12. Sept. 1804, s. S. 7)

Restauration (1815 -1830)

14 Jahre war die "Hebammenordnung" von 1801 gültig. Zu Beginn der Restaurationszeit nahm die Exekutive in Zürich eine "erneuerte Hebammenordnung" (82) an. Wahl, Ausbildung und Besoldung wurden neu geregelt. Auch Richtlinien, welche physischen und charakterlichen Eigenschaften die Hebammen erfüllen sollten, wie sie sich bei schwierigen Geburten und uneinsichtigen Schwangeren usw. zu verhalten hatten, wurden in die neue Ordnung aufgenommen.

Am 6. Sept 1816 wurden die ersten sechs, von Hebammenlehrer Spöndli (1790 - 1856) ausgebildeten Hebammen examiniert und patentiert. Im Anschluss an diese Sitzung beschloss das Sanitätskollegium, die "Verpflichtungen", die den Hebammen nach bestandener Prüfung vorgelesen werden sollten, ausführlicher auszuarbeiten.

Am 3. Febr. 1819 erfolgte im Protokollbuch des Sanitätskollegiums folgender Eintrag: "Die von Dr. & Archiater Rahn (David Rahn 1769 - 1848) revidierte & vom Sanit. Coll. genehmigte Beleidigungsformel für Heba~~m~~en soll dem Protokoll einverleibt werden, wie folgt: (83)

Beeidigungsformel für die Hebammen. 1819

Richtet nun alle Aufmerksamkeit auf das, was Euch jetzt vorgelesen wird, um dann durch ein Handgelübde, an Eides Statt, zu geloben, dass Ihr demselben Euer ganzes Leben hindurch bey der Ausübung Euers wichtigen Berufes folgen wollet.

Unsere Hebammen sollen geloben, ihres Amtes getreulich zu warten, und zu den Leuten, die ihre Hülfe verlangen, unverzüglich zu gehen, es seye bey Tage oder bey Nacht, zu den Armen wie zu den Reichen, daselbst ihr Bestes zu thun, und von demjenigen Orte, wohin sie zuerst gefordert werden, nicht weggehen, bis die Geburt vollendet, und Mutter und Kind versorget sind, es wäre denn, dass eine Hebamme selbst überzeugt wäre, sie könne, ohne Schaden der Gebärerin, sich eine Zeitlang entfernen.

Sie sollen die Gebärenden nicht unzeitig und stürmisch zur Arbeit nöthigen, sondern geduldig die wahren Kindeswehen abwarten, und dann erst mit freundlichem Ernste die Gebärende zur Arbeit ermuntern.

Sobald sich bey einer Geburt ein widernatürlicher, schwieriger Zustand findet, sollen die Hebammen, zu rechter Zeit und mit Schonung, es den Umstehenden und der Kreisenden [!] anzeigen, und darauf dringen, dass unverzüglich ein geschickter Geburtshelfer berufen, und nicht durch Saumseligkeit oder Nachlässigkeit Mutter und Kind in Gefahr gesetzt werden.

Sie sollen auf unverheurathete Weibspersonen in Rücksicht auf Schwangerschaft Acht haben, und wenn ihnen hierüber etwas Verdächtiges bekannt würde, solches in der Stille dem Herrn Pfarrer anzeigen, damit durch ihn mit Klugheit die nöthigen Verfügungen getroffen, und grösserem Unglücke, welches sonst entstehen könnte, vorgebogen werde.

Uebrigens sollen sich die Hebammen der Ehrbarkeit, Bescheidenheit, Nüchternheit, Verschwiegenheit und Vertragsamkeit befleissen, alle und jede in der neuen Hebammen-Ordnung enthaltenen Verordnungen pünktlich befolgen, und dadurch sich bey ihrem wichtigen Berufe des Segens Gottes und des Beyfalls der Obrigkeit würdig zu machen suchen.

Dass Ihr nun allem diesem nachleben wollet, das versprechet durch das in die Hand des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Sanitäts-Collegiums feyerlich zu leistende Handgelübde!

Die fünf Abschnitte des Gelöbnistextes fassen in knapper Form wichtige Bestimmungen der Hebammenordnung von 1815 zusammen. Da seit der einheitlichen Ausbildung die Unterteilung in Stadt- und Landhebammen fallengelassen und auch die Spetthebammen abgeschafft wurden, konnte aus drei Eiden eine einzige Gelöbnisformel zusammengezimmert werden. Sicher dienten der "Eyd und Ordnung der Stadt-Hebamen zu Zürich" sowie die "Pflichten und Beidigungsformel für die Landhebammen" aus dem Jahre 1801 als Vorbild.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den "Ordnungen" und Gelübden der Zeit von 1801-1803 und der Restaurationsperiode fällt auf. Nach Ansicht der Sanitätsbehörden drohte fehlbaren Hebammen vor und während der Helvetik nicht nur weltliche, sondern auch göttliche Bestrafung, ein Umstand, der eigentlich im Gegensatz zu der allgemeinen politischen Auffassung dieser Zeitperiode steht. Von der Strafe bzw. der Belohnung Gottes bei Verletzung oder Erfüllung der Pflichten sah man erst seit der Restaurationsperiode ab.

Regeneration (1830 - 1848)

Mit der Erneuerung der "Examensordnung für die Medizinalpersonen im Kanton Zürich" vom 16. Juli 1833, revidierte das Sanitätskollegium auch die Gelobungsformeln für die Hebammen. (vgl.

S. 11) Der Gelöbnistext ist inhaltlich über weite Strecken mit der Beeidigungsformel von 1819 identisch. Neu werden die Hebammen vor Uebergriffen in die "Heilkunde" gewarnt. Näher wird auf diese Weisung leider nicht eingegangen. In die gleiche Kerbe schlägt die Aufforderung, die eigenen Fähigkeiten nicht zu überschätzen und auf Wunsch der Gebärenden unverzüglich einen Geburtshelfer zu rufen. Ein ganzer Abschnitt aus der Beeidigungsformel von 1819 wurde herausgelöst: die Hebamme war nicht mehr eidlich verpflichtet, uneheliche Schwangere dem Pfarrer zu melden. Es wäre jedoch falsch daraus zu schliessen, dass die Hebammen von der Anzeigepflicht befreit worden wären: Die "erneuerte Hebammenordnung" von 1829 (84) schreibt in § 22 genau vor, dass der Pfarrer bei unehelichen Schwangerschaften benachrichtigt werden muss. Die Gelobungsformeln enthalten offenbar nur jene Bestimmungen aus den Medizinalverordnungen, deren Einhaltung dem Sanitätskollegium besonders wichtig erscheint. Nie fehlt in den Eiden am Schlusse die Aufforderung, alle gegenwärtigen und zukünftigen Gesetze und Verordnungen genau einzuhalten.

Bundesstaat (1848 bis heute)

Wie bereits 1833, führte die Erneuerung der Examensordnung von 1849 auch zu einigen textlichen Aenderungen der Hebammenbeeidigungsformel. So wurden die Tugendbegriffe wie Nüchternheit, Bescheidenheit und Verschwiegenheit nicht mehr in die neue Schwurformel aufgenommen. Bemerkenswert ist vor allem der Wandel des Stils. Der Text ist sachlich und einfach abgefasst.

Ein letztes Mal wurde die Hebammengelobungsformel 1857 (85) abgeändert. Der Satz: "Sie sollen durch ein sittliches Betragen überhaupt, insbesondere durch liebeiches Benehmen und ausdauernde Geduld bei Gebärenden, durch Vertragsamkeit mit ihren Berufsgenossen sich Achtung und Zutrauen zu mehrern suchen", wurde weglassen. Statt dieser eher vagen ethischen Verhaltensregeln musste die Hebamme schwören, die gynäkologischen Untersuchungen und all ihre Verrichtungen kunstgerecht auszuführen.

Die Aufforderung, uneheliche Schwangere dem Pfarrer anzuzeigen, fehlte bereits 1833 in der Eidesformel. (s. oben) Bemerkenswert ist, dass die entsprechende Gesetzesänderung erst 1857 vorgenommen wurde (86). Bei ausserehelichen Geburten war die Hebamme von nun an verpflichtet, nicht mehr den Pfarrer, sondern den Gemeindepräsidenten zu benachrichtigen.

Gelobungsformel für die Hebammen 1857

Die Hebammen unsers Kantons sind verpflichtet, ihres Berufes treu zu warten, und zu denjenigen, die ihre Hülfe verlangen, unverzüglich zu gehen, es sei bei Tag oder bei Nacht, betreffe es Arme oder Reiche. Sie sollen den Zustand der Gebärenden und Wöchnerinnen immer mit möglichster Sorgfalt untersuchen und bei allem, was sie thun, die gehörige Vorsicht beobachten, dabei streng alles dessen enthalten, was nicht in ihrer Befugniss liegt, sondern Sache des Arztes ist und sich hüten, durch zu grosses Selbstvertrauen Gefahren für Gesundheit und das Leben der Mutter oder des Kindes oder Beider zugleich herbeizuführen. Beim Eintreten schwieriger oder gefahrdrohender Umstände sollen sie vielmehr unter schonender Kenntnissgabe an die Betreffenden, die Herbeirufung eines Arztes verlangen. In keinem Falle aber dürfen Sie die Hülfe eines solchen von der Hand weisen, wenn sie von der Gebärenden oder deren Angehörigen gewünscht wird. Sie sollen überhaupt allen schon bestehenden oder in Zukunft erscheinenden Gesetzen und Verordnungen über das Hebammenwesen jederzeit Folge leisten, ihre Verzeichnisse genau führen und die Aufträge des Bezirksarztes als ihres Vorgesetzten pünktlich vollziehen.

Dass Ihr diese Pflichten getreulich erfüllen wollen, das haben Sie feierlich durch ein Handgelübde zu bestätigen.

Ueber 100 Jahre lang legten die Hebammen bei der Patentierung das Handgelübde auf die Gelobungsformel von 1857 ab, bis im Jahre 1962, mit dem neuen Gesundheitsgesetz, die Vereidigung abgeschafft wurde. (vgl. S. 13)

Im Gegensatz zu den erstarrten Gelobungsformeln passten die Sanitätsbehörden und die Legislative Ausbildung, Wahlmodus, Aufgaben und Pflichten der Hebammen während der täglichen Arbeit den sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen an: mehrere Male wurde die "Pflichtordnung für die Hebammen" erneuert.

B. Hebammenausbildungsstätte

Mit der Annahme der erneuerten Hebammenordnung von 1815 durch den Bürgermeister und den Kleinen Rath der Stadt Zürich wurden jährlich praktische und theoretische Lehrkurse für Stadt- und Landfrauen, die sich zu Hebammen ausbilden lassen wollten, durchgeführt. Nach Abschluss des Unterrichtes erfolgte die Prüfung und Patentierung gemäss den geltenden Examens- und Prüfungsordnungen. Auch nach der Einrichtung der Hebammenschule des Kantons Zürich wurde von den Absolventinnen der Unterrichtskurse weiterhin nur das staatlich erlassene Gelöbnis verlangt.

C. Hebammenverein

Der Schweizerische Hebammen-Verein wurde 1894 gegründet. Im gleichen Jahr konstituierte sich auch der zürcherische Lokalverein. In acht Zweckbestimmungen formulierten die Hebammen ihre gemeinsamen Ziele: Neben einer würdigen Vertretung bei den Behörden, war ihnen u.a. auch die Pflege der Freundschaft und die Fortbildung wichtig.

Von den Mitgliedern wurde bei Eintritt in den Verein nie ein Gelöbnis abgelegt: eintreten konnte laut § 5 der Statuten "jede Patentierte, unbescholtene Hebamme."

V. APOTHEKER

A. Vom STAAT geforderte Gelöbnisse

1.) Allgemeines

Seit Jahrtausenden benützen die Menschen Heilmittel und Medikamente zur Verhinderung und Bekämpfung von Krankheiten. Schon zur Blütezeit der griechischen Medizin im vierten vorchristlichen Jahrhundert gab es neben den Aerzten Heilpraktiker, welche die Herstellung und den Verkauf von Arzneimitteln besorgten.

(87) Oft erfüllten die Apotheker zugleich die Funktion des Arztes.

Nach Keller (88) beweist ein Eintrag im Jahrzeitbuch (Necrologium Fraepositurae Thuricensis), dass bereits im Gründungsjahr der Eidgenossenschaft (1291) ein Apotheker in der Stadt Zürich anwesend war.

Die Einrichtung von Apotheken dürfte die Ueberwachung der Zubereitung, der Aufbewahrung und des Handels mit Heilmitteln für die staatlichen Kontrolleure erleichtert haben. Mit Erlassen und Ordnungen versuchte die Regierung, den Handel mit Drogen und Medikamenten in geordnete Bahnen zu lenken.

Als wirkungsvolles Mittel, die Apotheker nachdrücklich auf die Vorschriften der Sanitätsbehörden zu verpflichten, bot sich die Ablegung eines Gelöbnisses an.

2.) Historisches

Fast 200 Jahre nach dem Nachweis der ersten beiden Apotheker in der Stadt Zürich (89) erschienen verschiedene "Ordnungen" in den Protokollen der damaligen Sanitätsbehörde, der Wundgschau. 1534 erliessen Regierung und Gschauherren eine "Ordnung der

Apotheker wegen Gift Verkaufs" (90). Ab 1545 war den Apothekern und Schärern verboten: "... weder Tränker noch anders geben, ouch nit aderlassen ohn ein Zädelj von einem Hrn. Doctor." (91) 1553 ist in den Gschau-Protokollen erstmals für die Apotheker von einem Schwur die Rede. Die "Ordnung u: Ansehen, so die Apotheker allhie in der Stadt, die jetzmals vorhanden oder könfthig sein werdend zuhalten schweeren sollend." (92) enthält in sieben Abschnitten verschiedene Vorschriften. So ist ihnen u. a. der Giftverkauf, die Abgabe von Abtreibungsmitteln und von gefälschter und verdorbener Ware streng verboten. Ferner dürfen Arzneimittel fremden Aerzten nur verkauft werden, wenn diese ausserhalb der Stadt und Landschaft Zürich ihr Heilgeschäft abwickeln. Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass der Stadtarzt sowie der Zunftmeister zur Saffran - die Apotheker gehörten der Zunft zur Saffran an - und jener der Zunft zur Meisen, jährlich die Apotheken inspizieren mussten.

Die Bestimmungen dieser Ordnung der Apotheker von 1553 blieben nicht unangefochten. (93) 1610 schlugen die Apotheker der Regierung einige Aenderungen der "Ordnung" vor. Bemerkenswert ist, dass die Apotheker auch die Form des Schwures abändern wollten: Dem Eid, bei dem Gott als Zeuge angerufen wurde, zogen sie ein Handgelübde vor, das weniger religiösen Charakter hätte.

Die "Gschau-Ordnung" von 1769 (94) und das "Gift-Mandat" von 1777 (95) sind zwei weitere Erlasse, die für die Apotheker zusätzliche Vorschriften enthielten, auf die aber im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden kann.

Seit der "Verordnung über die Patentirung von Medicinalpersonen" von 1801 (96) war es den Apothekern nicht mehr erlaubt, ohne Bewilligung (Patent) ihren Beruf auszuüben. 1804 erliess das Sanitätskollegium auch für die Apotheker eine Prüfungsverordnung (97).

Gleichzeitig mit den Aenderungen der Prüfungsverordnungen und Gelobungsformeln der Aerzte wurden in den nächsten Jahrzehnten auch jene der Apotheker den wechselnden Verhältnissen in Ausbildung und Beruf angepasst.

3.) Ergebnisse

Helvetik (1798 - 1803)

Auch die Apotheker (vgl. Aerzte und Hebammen) erhielten seit Inkrafttreten der "Verordnung über die Patentirung der Medizinalpersonen" vom 16. Juni 1801 (98) nach bestandener Prüfung vor dem Sanitätskollegium ein Examensattestat. Der Wortlaut dieses Apotheker-Zeugnisses stimmt fast wörtlich mit den Aerzte-Attestaten überein (s. S. 6). Der frisch patentierte Apotheker musste dem Präsidenten das Handgelübde leisten: "..., dass er seinen Beruf mit derjenigen pünktlichen Sorgfalt & Gewissenhaftigkeit betreiben werde, welche die Wichtigkeit desselben erfordert, ...". (99)

Mediation (1803 - 1815)

Die Mediationsperiode begann im Sanitätswesen mit einer Reihe von Reformen. Auch für das Apothekergewerbe wurden neue Bestimmungen erlassen (100). Am 12. September 1804 wurde für die Apotheker und Provisoren der Ablauf des Examsens genau festgelegt. Die "Verordnung über die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Geburtshelfer, Hebammen und Viehärzte" (101) beschreibt, welche Eigenschaften und Ausbildung der Prüfungskandidat haben muss (102). Nach bestandener Vorprüfung erfolgt vor dem Sanitätskollegium die Hauptprüfung. Halten ihn zwei Drittel der Mitglieder des Sanitätskollegiums für fähig, eine Apotheke selbständig zu führen, : "... so erhält er ein besiegeltes Patent, und legt das Gelübde ab, alle pharmazeutischen Vorschriften der Medizinalordnung pünktlich zu befolgen." (103)

Restauration (1815 - 1830)

Im Examsensprotokoll vom 28. Februar 1821 heisst es: "Die Revision der Verordnung der Prüfung der Apotheker & Provisoren ward einer aus den HHerrn Archiater Rahn & HHerrn Poliater Zundel bestehenden Cõmission aufgetragen" (104). Am 22. August 1821 wurde die "Verordnung über die Prüfung der Apotheker und Provisoren" (105) vom Sanitätskollegium angenommen. (s. S. 8).

Wer sich zur Apotheker-Vorprüfung melden wollte, musste sich über eine vierjährige Lehre sowie über Kurse in Naturgeschichte (Botanik), Chemie und Pharmazie, welche er im Kantonalinstitut oder an einer ausländischen Unterrichtsanstalt besuchen konnte, ausweisen. Die Prüfung war in ein Vor- und ein Hauptexamen aufgegliedert. Nach der Hauptprüfung entschied das Sanitätskollegium, ob dem Kandidaten das Apothekerpatent erteilt werden könnte. Fiel das Ergebnis positiv aus, erfolgte die Ablegung des Handgelübdes.

Beeidigungsformel für die Apotheker. 1821 (106)

Die Apotheker sollen feyerlich, an Eides Statt, geloben, ihres Berufes getreulich zu warten, und bey Tage, oder bey der Nacht die Armen wie die Reichen gewissenhaft zu bedienen. Sie sollen sich der Gottesfurcht, Nüchternheit, Verschwiegenheit, Bescheidenheit, Vertragsamkeit, besonders mit ihren Amtsbrüdern, einer ihres Berufes würdigen, menschenfreundlichen Behandlung ihrer Gehülffen und Lehrlinge und jeder Tugend befleissen. Sie sollen durch unverdrossene Berufstreue, strenge Wahrheits- und Ordnungsliebe sich Zutrauen zu erwerben suchen, hingegen fern seyn von aller Verkleinerungssucht ihrer Collegen und allen eigen-nützigen Kunstgriffen, in der festen Ueberzeugung, dass nur der erste Weg zu bleibendem Credit, innerer Ruhe und Zufriedenheit, der letztere hingegen zur Unruhe des Gewissens, und Schande und Verachtung bey den Mitmenschen führt, und dass durch Vernachlässigung der strengsten Ordnung und grössten Aufmerksamkeit bey ihren Geschäften Gesundheit und Leben der Menschen in Gefahr köm̃t. Sie sollen sich vor aller Einmischung in das Heilgeschäft des Arztes, das sie nicht erlernt haben, hüten, weil dadurch so leicht der grösste Schaden entstehen kann. Sie sollen ihrem wichtigen Berufe durch tägliches Fortschreiten in nützlichen Kenntnissen Ehre machen; denn wer hierin ein Mahl stille steht, geht schneller rückwärts, als er selbst glaubt. Sie sollen allen schon bestehenden, oder späterhin noch er-

scheinenden Verordnungen des Sanitäts-Collegiums pünktliche Folge leisten.

Dass Sie nun alles dieses halten wollen, das versprechen Sie, an Eides Statt, durch ein feyerliches Handgelübde, dessen genaueste Erfüllung Ihnen die Gnade und den Segen Gottes, die Huld Ihrer Obrigkeit, die Achtung Ihrer Mitmenschen und den Beyfall Ihres eigenen Gewissens erwirbt!

Diese Beeidigungsformel für die Apotheker ist über weite Strecken identisch mit dem Gelübde der Aerzte von 1821 (s. S. 9). Einige Unterschiede in den Gelöbnistexten der beiden Berufe können dennoch festgestellt werden: Ein besonderes Anliegen der Sanitätsbehörde war offenbar die strikte Trennung der Arbeitsgebiete der Apotheker und Aerzte. Das Gelöbniß der Apotheker enthält eine deutliche Warnung vor therapeutischen Uebergriffen in das ärztliche Fachgebiet. Als wichtig und vordringlich erkannten die Verfasser des Apothekergelöbnisses für das Apothekergeschäft auch einen ausgeprägten Ordnungssinn. Weiter mußten die patentierten Apothekerinhaber versprechen, ihre Lehrlinge und Gehilfen korrekt und menschlich zu behandeln.

Regeneration (1830 - 1848)

Mit der Gründung der Universität und der Neufassung der Examenordnung für Medizinalpersonen im Jahre 1833 wurde auch die Gelobungsformel der Apotheker (107) abgeändert.

Gelobungsformel für die Apotheker. 1833

Die Apotheker unsers Cantons sollen feyerlich, an Eides Statt, geloben, ihres wichtigen Berufes getreu zu warten, sey es bey Tag oder bey Nacht, betreffe es Arme oder Reiche, bey'm Verkaufe von Arzneyen immer gute und unverfälschte Waare zu geben; bey'm Dispensiren sich gewissenhaft und pünktlich an die Vorschriften der Aerzte zu halten und vor

aller Einmischung in das Heilgeschäft des Arztes zu hüten. Sie sollen durch ein sittliches Betragen überhaupt, besonders aber durch Nüchternheit, Verschwiegenheit, Reinlichkeit und Pünktlichkeit, durch kollegialisches Betragen gegen andere Apotheker, und durch sorgfältige Beaufsichtigung und freundliche Belehrung ihrer Gehülfen ihrem wichtigen Berufe Ehre machen, und keine Mittel unbenutzt lassen, um in ihrer Wissenschaft und Kunst immer weiter fortzuschreiten, durchdrungen von dem Gedanken an die hohe Wichtigkeit ihres Berufes und daran, dass man in jeder Wissenschaft, wenn man nicht Fortschritte macht, schneller als man es selbst glaubt, rückwärts geht. Sie sollen alle schon bestehenden oder in Zukunft erscheinenden Gesetze und Verordnungen über das Apothekerwesen genau befolgen.

Stilistisch ist der Text der Gelobungsformel für die Apotheker knapper und nüchterner verfasst. Auch inhaltlich können einige Unterschiede gegenüber der Beeidigungsformel von 1821 festgestellt werden. Die Tugendbegriffe "Gottesfurcht" und Bescheidenheit" wurden weggelassen. An ihre Stelle trat "Reinlichkeit" und "Pünktlichkeit". Die Eidesformel von 1833 enthält klare Arbeitsvorschriften: nur unverdorbene und reine Heilmittel dürfen verkauft werden und Arzneimittel müssen genau nach Vorschrift des Arztes zubereitet und abgegeben werden. Auffallend ist, wie sich der Fortschrittsglaube auch in der Gelobungsformel niederschlägt. Wurde 1821 der frisch gebackene Apotheker lediglich angehalten, seine Kenntnisse täglich zu erweitern, musste er zwölf Jahre später die eindringliche Forderung geloben, :"..... keine Mittel unbenutzt zu lassen, um in ihrer Wissenschaft und Kunst immer weiter fortzuschreiten".

Bundesstaat (1848 bis heute)

Die Gelobungsformel für Apotheker (108) erfuhr 1849, als der Gesundheitsrath die "Verordnung betreffend die Prüfung der Medizinalpersonen" (109) erneuerte, geringfügige Aenderungen.

Gelobungsformeln der Medizinalpersonen. 1849

B. Für Apotheker.

Die Apotheker unsers Kantons sind verpflichtet, ihres Berufes treu zu warten, für den Verkauf, so wie für Bereitung von Arzneien nur gute und unverfälschte Waaren zu halten, ganz besonders aber auch jederzeit, sei es bei Tag oder Nacht, bereit zu sein, die auf ärztliche Vorschrift verlangten Arzneien für Jedermann mit der gewissenhaftesten Genauigkeit anzufertigen und abzugeben, sich jeder Einmischung in das Heilgeschäft zu enthalten und die wünschbare Verschwiegenheit zu beobachten. Wie in allen ihren Verrichtungen, so sollen sie sich namentlich auch beim Giftverkauf der grössten Vorsicht befleissen u. daher alle diessfälligen gesetzlichen Vorschriften aufs Genaueste beachten. Sie sollen stets bemüht sein, durch fortgesetztes Studium ihre Kenntnisse zu erweitern, um die Heranbildung der ihrer Leitung sich anvertrauenden Lehrlinge, sowie die Fortbildung der unter ihre Aufsicht gestellten Gehülfen mit möglichstem Erfolge erzielen; überhaupt in jeder Weise die wichtigen Pflichten ihres Berufes erfüllen zu können. - Gleichwie sie allen in den bestehenden und künftigen das Apothekerwesen betreffenden Gesetzen u. Verordnung enthaltenen Bestimmungen Folge zu leisten haben, so sind sie auch verpflichtet, den Beschlüssen des Gesundheitsrathes nachzukommen und überhaupt die vorgesetzten Behörden bei Handhabung der Medizinalpolizei, besonders so weit sie das Apothekerwesen beschlägt, zu unterstützen.

Dass Sie Herr N. N. diese Pflichten getreulich erfüllen wollen, das haben Sie durch ein Handgelübde zu bestätigen.

Es fällt auf, dass der Stil der Gelobungsformel aus der Regenerationszeit (1830 - 1845) jegliche Feierlichkeit verloren hat und das neue Gelübde von 1849 noch sachlicher und direkter geworden ist. Ein wichtiges Geschäft, welches die strikte Ein-

haltung der gesetzlichen Vorschriften verlangte, und vielleicht deshalb neu in die Eidesformel aufgenommen wurde, war der Giftverkauf. Bemerkenswert ist weiter, wie die Medizinalbehörden den Schwörenden (vgl. S. 14) eindringlicher und ausführlicher als 1833 aufforderten, die Gesetzesvorschriften und Verordnungen des Apothekergewerbes genau zu befolgen.

Warum im Gelöbnistext von 1849 die Verpflichtung: "... durch kollegialisches Betragen gegen andere Apotheker, ..." weggelassen wurde, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Vielleicht erhofften sich die Sanitätsbehörden durch die Gründung des Schweizerischen Apothekervereins im Jahre 1843 genügend gegenseitige Rücksichtnahme und Zusammenhalt unter den Apothekerinhabern. Vielleicht hatte sich auch der Konkurrenzkampf nach Annahme des "Gesetz betreffend die öffentlichen Apotheken" im Jahre 1844 (110) etwas beruhigt, denn die Bewilligung für das Eröffnen einer Apotheke wurde von jetzt an vom Bedürfnis der Bevölkerung nach einem Heilmittelgeschäft abhängig gemacht.

Da die Apotheker ebenfalls zu den Medizinalpersonen gezählt werden, galt auch für sie das "Gesetz betreffend das Medizinalwesen" von 1854, (111) welches bis zur Annahme des neuen Gesetzes über das Gesundheitswesen (112) im Jahre 1962 die Handgelübde-Abnahme bei der Patentierung vorsah.

B. Apothekerausbildungsstätten

Die bereits erwähnten Prüfungs- und Examensverordnungen aus den Jahren 1804, 1821, 1833 und 1849 geben einen guten Einblick in die Ausbildung der Apothekerlehrlinge.

Nach Eidenbenz (113) wurden aber bis 1840 in Zürich nur wenige Apothekergehülfen ausgebildet. Die meisten Gehülfen besuchten die erforderlichen Kurse und Vorlesungen im Ausland. Erst mit der Gründung der Hochschule, im Jahre 1833, konnten die obliga-

torischen Vorlesungen und praktischen Uebungen in Botanik, Mineralogie, Zoologie, allgemeiner und pharmazeutischer Chemie, Physik und pharmazeutischer Warenkunde in Zürich besucht werden.

Die Anforderungen beim Schlussexamen wurden ständig den sich rasch entwickelnden wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen angepasst.

1878 trat das "Bundesgesetz betreffend die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der Schweizerischen Eidgenossenschaft" (114) in Kraft, nachdem elf Jahre zuvor bereits 12 Kantone ein Medizinalkonkordat geschlossen hatten. Die kantonale "Prüfungshoheit" wurde an den Bund abgetreten, ohne dass dieser ein Gelöbnis gefordert hätte. (vgl. S. 5)

Sache der einzelnen Kantone blieb, es die Konzession für die Eröffnung von Apotheken (wie auch von Arztpraxen) zu erteilen. Bei dieser Gelegenheit legte der Kandidat das Handgelübde auf die kantonale Gelobungsformel ab. (s. oben)

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Ausbildung der Apotheker mit der Errichtung einer pharmazeutischen Abteilung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich übertragen wurde.

C. Apothekerverein

Zum ersten Mal wurde der Apothekerverein in Zürich 1836 gegründet, ohne dass sich aber daraus eine rege Vereinstätigkeit entwickelte. (115)

25 Jahre nach der Gründung des Schweizerischen Apothekervereins wurde 1868 der Apothekerverein des Kantons Zürich neu konstituiert. § 1 der Statuten legte fest: "Die ausübenden Apotheker des Kantons Zürich bilden einen Verein unter dem Namen "Apothekerverein des Kantons Zürich" zur Besprechung geschäftlicher

Angelegenheiten und zur Vertretung gegenüber von Behörden." Wie der Aerzte- und Zahnärztegesellschaft ging es auch den Mitgliedern des Apothekervereins darum, die Kollegialität zu pflegen und die Standesinteressen gegen aussen gemeinsam zu vertreten.

Der kantonal-zürcherische Apothekerverein gab sich keine eigenen deontologischen Regeln, sondern übernahm die Standesordnung des Schweizerischen Apothekervereins. Die Mitglieder verpflichteten sich mit ihrer Unterschrift, die standes-ethischen Grundsätze, welche darin enthalten sind ("Pflichten des Apothekers gegenüber der Bevölkerung", Pflichten des Apothekers gegenüber Berufsgenossen und Angehörigen anderer Medizinalberufe".) zu befolgen.

Ein Eid oder Handgelübde wurde jedoch beim Eintritt in den Apothekerverein nie abgelegt.

VI. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNG

Als wichtigstes Ergebnis stellte sich heraus, dass die Ausbildung und die Berufsausübung der Medizinalpersonen im Kanton Zürich von drei verschiedenen Institutionen überwacht und geregelt wurde. Diese drei Institutionen sind: der Staat, die Ausbildungsstätten und die Berufsorganisationen. Zumindest im 19. Jahrhundert schien die Form eines Handgelübdes oder Eides am geeignetsten zu sein, die Medizinalpersonen mit Nachdruck auf eine korrekte Ausübung ihrer Pflichten festzulegen. Als einzige Institution verlangte der Staat von allen Medizinalpersonen, d.h. von den Aerzten, Zahnärzten, Hebammen und Apothekern - ebenso von den Tierärzten - ein Gelöbnis, während die Ausbildungsstätten und die Berufsorganisationen dies bei den verschiedenen Berufsgattungen unterschiedlich handhabten.

Staatliche Gelobungsformeln für die Medizinalpersonen lassen sich in Zürich bis ca. Mitte des 16. Jahrhunderts zurück verfolgen. Die öffentlich angestellten Aerzte, die Apotheker und Hebammen mussten schwören, die vom Staat erlassenen Verhaltensregeln strikte zu befolgen. Besonders streng und ausführlich wurden die Eidestexte der Hebammen verfasst.

Mit dem Errichten des Helvetischen Einheitsstaates im Jahre 1798 erfolgte auch eine Reorganisation des Sanitätswesens. Die Hebammen waren die ersten, die vom neu geschaffenen Sanitätskollegium 1801 auf einen "Eyd und Ordnung" verpflichtet wurden, während Aerzte und Apotheker nach bestandener Prüfung und Patentierung nur ein Handgelübde auf treue Pflichterfüllung der staatlichen Vorschriften leisten mussten. Der Berufsstand der Zahnärzte existierte zu dieser Zeit in Zürich noch nicht.

1821 wurden die Anliegen, welche die Gesundheitsbehörden gegenüber den Medizinalpersonen hatten, auf kurze Gelobungsformeln gebracht. In den Jahren 1833, 1849, und 1857 erfuhren die staatlichen Gelöbnistexte der Aerzte, Hebammen und Apotheker, dem Zeitgeist entsprechend, verschiedene inhaltliche Veränderungen.

Es können zwei allgemeine Tendenzen beobachtet werden. Zum einen fällt auf, dass die Eidestexte von 1857 keine religiösen Bekräftigungen mehr enthalten. Die Religion wird nicht mehr dazu benutzt, staatlichen Erlassen moralischen Rückhalt und Verstärkung zu geben. Zum anderen wird in den Gelübden immer stärker Bezug genommen auf die Gesetze und Verordnungen, welche die Pflichten der Medizinalpersonen genau festlegen. Von seiten des Staates versprach man sich offenbar durch klare gesetzliche Bestimmungen bessere Einflussnahme auf die Arbeit der Medizinalpersonen als durch einmalige Vereidigung.

Laut "Gesetz betreffend das Medizinalwesen" von 1854 wurde von den Aerzten, Hebammen, Apothekern (und Tierärzten) des Kantons Zürich beim Erteilen der Praxisbewilligung die Ablegung eines Gelöbnisses verlangt. Mehrere Versuche, dieses Gesetz durch eine Neufassung zu ersetzen, scheiterten am Volkswillen. Erst 1962 nahm das Zürcher Volk das "Gesetz über das Gesundheitswesen" an. In diesem neuen, jetzt geltenden Gesetz fehlt die Verpflichtung der Medizinalpersonen, vor der Eröffnung einer Praxis ein Gelöbnis abzulegen.

Die Entwicklung des zahnärztlichen Berufsstandes fiel in eine Zeit, in der das Interesse des Staates an feierlichen Gelübden schwand. Deshalb kann man bei den Zahnärzten keine Entwicklung verschiedener Eidestexte beobachten. Dennoch legten auch die Zahnärzte ab 1865 bis ca. um die Jahrhundertwende ein Handgelübde ab. Im Gegensatz zu den übrigen Medizinalpersonen war darin nur die Verpflichtung enthalten, sich nicht ins Heilgeschäft des Arztes zu mischen und selber keine anästhesierenden Mittel anzuwenden.

Die zweite Institution, welche unabhängig vom Staat während fast 40 Jahren (1835 - 1874) von den Aerzten anschliessend an das Doktorexamen ein Gelöbnis verlangte, war die Universität Zürich. Dem "Jus jurandum" diente der Hippokratische Eid als Vorbild. Er enthält jedoch einige interessante Aenderungen. Wer an der Universität Zürich promovierte, ging keinen Lehrvertrag mit seinen Professoren ein. Während wir im Hippokratischen Eid |

eine familiäre Bindung zwischen Lehrmeister und Schüler feststellen, wurde im zürcherischen Eid lediglich die Verpflichtung gelobt, seinen Lehrer, wie seine Eltern, zu achten. Weiter ist das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und der Blasensteinoperation nicht im Jus jurandum aufgeführt. Warum der Doktor-eid abgeschafft wurde, ist nicht bekannt. Vielleicht hatte der nüchterne Fortschrittsglaube jener Zeit die Erziehungsdirektion dazu bewogen, auch die Doktoren der Medizin ohne Einschränkungen und Verbote in den Alltag zu entlassen. Zahnärzte, Hebammen und Apotheker legten während ihrer Ausbildung an den Ausbildungsstätten in Zürich nie ein Gelöbnis ab.

Die dritte Institution, welche für ihre Mitglieder Gelöbnisse erliess, sind die Gesellschaften, bzw. die Vereine: Die "medizin-chirurgische Gesellschaft", welche 1810 gegründet wurde und seit 1883 "Gesellschaft der Aerzte des Kantons Zürich" heisst, sah beim Eintritt während der ersten 73 Jahre (1810 - 1883) ein "Gelöbnis in die Hand des Präsidenten" vor. Das kurze Versprechen sollte wohl u.a. die Mitglieder ermahnen, stets eine kollegiale Haltung zu bewahren. Zahnärzte, Hebammen, Apotheker leisteten bei Eintritt in ihre Standesorganisation nie einen Eid.

Seit mehreren Jahren fügten die Aerzte- und Zahnärzte-Gesellschaften ihren Standesordnungen das Genfer Aerzte-Gelöbnis von 1948 bei. Mit seiner Unterschrift verpflichtete sich juristisch jedes Mitglied, die Grundsätze dieses "modernen" Weltärzte-Gelöbnisses zu halten. Viele Mitglieder dürften sich dessen aber wohl kaum bewusst sein, sodass man über den Wert dieses Dokumentes geteilter Meinung sein kann. In der neuesten Fassung der Standesordnung der Aerzte des Kantons Zürich, die zur Zeit der Drucklegung dieser Arbeit noch von der Generalversammlung genehmigt werden muss, ist denn auch das Genfer Aerzte-Gelöbnis aus dem Jahre 1948 nicht mehr abgedruckt. In knapper, klarer Form wurden die Grundgedanken dieses Gelübdes in die neue Standesordnung eingebaut.

SUMMARY

With the French invasion of 1798, the old political and social structures of the Swiss Confederation broke down and a long process of modernization began. Legislation on the medical and kindred professions remained, and still remains, a matter of cantonal competence. The author has assembled all the formulas of oaths and solemn promises that used to be taken, in the Canton of Zurich, by doctors, dentists, pharmacists and midwives. Such promises were asked (a) by the State (until 1962), (b) by the Medical Faculty of the University (on the occasion of promotion to the M.D. degree, until 1874), and (c) of the doctors' professional organisation (until 1883). Nowadays, proper legislation is felt, by the Authorities, to be a sufficient safeguard for proper conduct, while the professional organisations of doctors and dentists have set up deontological codes (Standesordnungen) binding on their members.

H.M.K.

VII. ANMERKUNGEN

- 1 Schrämli, Jakob, Beiträge zur Geschichte des Medizinalwesens des Kantons Zürich, aus Denkschrift der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft des Kantons Zürich zur Feier des fünfzigsten Stiftungstages, Zürich 1860
- 2 Roth, Jörg Walter, Die eidgenössischen Medizinalprüfungsverordnungen seit 1880 und ihre Hauptprobleme. Diss. Zürich, Bern 1973, S. 5
- 3 St AZ, H I 321, S. 38
- 4 Wehrli, G.A. Die Krankenanstalten und die öffentlich angestellten Aerzte und Wundärzte im alten Zürich, Zürich 1934
- 5 Wehrli, G.A. Die Wundärzte und Bader Zürich als zünftige Organisation. Geschichte der Gesellschaft zum Schwarzen Garten, Zürich 1931
- 6 St AZ, III AA b₁, Erneuerte Ordnung für die Wund-Aerzte der Landschaft Zürich, auf Hoch-Oberkeitlichen Befehl zum Druck befördert, Anno 1798
- 7 Strickler, Johannes, Actensammlung aus der Zeit der Helvetischen Republik 1798 - 1803, I. Band S. 895, Bern 1886
- 8 Strickler, Johannes, Actensammlung aus der Zeit der Helvetischen Republik 1798 - 1803, VII. Band S. 68, Bern 1899
- 9 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.1 - SS 2.3, 1800 - 1803
- 10 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.1 S. 226, 12. Dez. 1801
- 11 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.2 S. 243, 18. Dez. 1802
- 12 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.3 S. 324, 12. Sept. 1804, "Verordnung über die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Geburtshelfer, Hebammen und Viehärzte"
- 13 § 6 der unter 12 erwähnten "Verordnung..."
- 14 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.9 S. 29, 22. Juni 1812
- 15 St AZ, III Ga₁, Revidierte Gesetze und Verordnungen über das Sanitäts-Wesen des Kanton Zürich, Revidierte Verordnungen über die Prüfung der Aerzte, Wundärzte, Geburtshelfer, Apotheker, Provisoren, Hebammen und Thierärzte.
- 16 St AZ, Jahresbericht des Sanit. Kollegiums von 1821, SS 2.14 S. 388, 6. März 1822
- 17 St AZ, Examen-Protokoll der Aerzte und Apotheker SS 13.1 S. 43/44, 28. Feb. 1821
- 18 s. Anmerkung 4, S. 39
- 19 St AZ, Protokoll des Gesundheitsrates SS 3.1 S. 320, 10. Juli 1833

- 20 Einige Ansichten und Wünsche in betreff des Medizinalwesens im Kanton Zürich. Zürich, bey Friedrich Schulthess, 1831
- 21 op. cit., S. 40
- 22 Offizielle Sammlung der seit der Annahme der Verfassung vom Jahre 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich. 10. Band (1854 - 1857) S. 5. Gesetz betreffend das Medizinalwesen, 2. Weinmonat 1854.
- 23 St AZ, Protokoll des Gesundheitsrathes SS 3.20, 5. März 1849
- 24 op. cit., S. 117
- 25 Koelbing, Huldrych M. Zwischen beruflicher Autonomie und staatlicher Regelung, In: Intermed. Zeitschrift der Studierenden medizinischer Richtung der Schweiz 16. Februar 1974, S. 6
- 26 Offizielle Sammlung der seit 10. März 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich. 41. Band (1961 - 1964) S. 291. Gesetz über das Gesundheitswesen vom 4. November 1962
- 27 Burckhardt, Albrecht, Geschichte der medizinischen Fakultät zu Basel 1460 - 1900, Basel 1917
- 28 Nauck, E. Th. Die Doktorpromotionen der Medizinischen Fakultät Freiburg i. Br., Freiburg im Breisgau 1958
- 29 Roth, Gottfried, Die Eide und Gelöbnisse an der medizinischen Fakultät der Universität Wien, aus Studien zur Geschichte der Universität Wien, Band I, Graz-Köln 1965, S. 218 ff.
- 30 Meyer-Ahrens, K. Geschichte des Schweizerischen Medizinalwesens, Zürich 1838
- 31 Muralt, Johannes von, Anatomisches Collegium in welchem alle und jede Theile des Menschlichen Leibes, samt denen Krankheiten beschrieben worden./ Mit einer Erklärung der fürnehmsten in der Arzney gebräuchlichsten Kräuter. Nürnberg 1687.
- 32 Schulthess, Ursula von, Medicin Doktor und Chorherr Johann Rahn 1749 - 1812, Diss med. Zürich 1959
- 33 Meyer-Ahrens, Karl, Geschichte des medizinischen Unterrichts in Zürich, S. 12 aus: Denkschrift der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft des Kantons Zürich zur Feier der fünfzigsten Stiftungstages, Zürich 1860
- 34 Promotionsordnung für die medicinische Facultät in Zürich, Zürich 1835
- 35 op. cit., S. 8
- 36 Strafgesetz-Buch für den Kanton Zürich, Zürich 1835
- 37 Koelbing, Huldrych M. Arzt und Patient in der Antiken Welt, Zürich und München 1977, S. 109
- 38 Deichgräber, Karl, Der Hippokratische Eid, Zweite Auflage, Stuttgart 1962, S.39

- 39 Koelbing, Huldrych M. Der Hippokratische Eid - damals und heute. In: Schweizerische Aerztezeitung, 16 (1974), S. 592
- 40 St AZ, U 106 a.l. Schreiben der medizin. Fakultät der Hochschule an den Erziehungsrath
- 41 St AZ, U 106 a.l. Entwurf der Promotionsordnung der medizin. Fakultät der Universität Zürich
- 42 Sieber, Johann Kaspar, Erziehungsdirektor, Regierungsrat des Kt. ZH (1821 - 1878)
- 43 Gesetze der medicinisch-chirurgischen Gesellschaft des Cantons Zürich, § 19, Zürich, bey David Bürkli 1811
- 44 Standesordnung der Gesellschaft der Aerzte des Kantons Zürich, 1923
- 45 Von der Generalversammlung des Weltärzteverbandes, Genf 8. - 11. Sept. 1948. In: Schweizerische Aerztezeitung für Standesfragen, XXIX. Jahrgang Heft 42, 22. Okt. 1948, S. 519 f.
- 46 Standesordnung [der Aerztegesellschaft des Kantons Zürich] (Bereinigter Entwurf gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 9.4.79)
- 47 Hurwitz, Siegmund, Fahrende Zahnärzte im alten Zürich, Inaugural- Dissertation, Zürich 1929
- 48 Jost, Johann, Die Entwicklung des zahnärztlichen Berufes und Standes im 19. Jh., Zürcher Medizingeschichtliche Abhandlungen, Zürich 1960
- 49 s. Anmerkung 12
- 50 St AZ, III Ga₁, aus Medizinalordnung für den Kanton Zürich, 1837
- 51 s. Anmerkung 22
- 52 s. Anmerkung 22 § 7
- 53 Neuer Supplementband zur offiziellen Gesetzessammlung des Kantons Zürich (1803 - 1870), Verordnung der Medizinaldirektion betreffend die Ausübung der niedern Chirurgie vom 15. Aug. 1857
- 54 op. cit., S. 506
- 55 St AZ, Protokoll der Medizinaldirektion und des Medizinalrates SS 4.15 S.85, 28. Jan. 1865, Verordnung betreffend die Prüfung und Patentirung der Zahnärzte.
- 56 op. cit., § 7
- 57 Offizielle Sammlung der seit 10. März 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich. 20. Band (1878 - 1882), Verordnung betreffend die Prüfung und Patentirung von Zahnärzten und Zahntechnikern (vom 15. Mai 1880)

- 58 Bundesgesetz betreffend Ausdehnung des Bundesgesetzes über die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 19. Dezember 1877 auf die Zahnärzte (Vom 21. Dezember 1886)
- 59 St AZ, Protokoll der Sanitätsdirektion und des Sanitätsrates SS 5.24 S.94, 13. Mai 1899
- 60 Protokollbuch der ZGZ 1896 - 1899 S. 147, 22. Juni 1899, z.Z. aufbewahrt im Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich
- 61 Offizielle Sammlung der seit 10. März 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich. 35. Band (1932 - 1937) S. 194, Verordnung über die Ausübung der zahnärztlichen Tätigkeit (Vom 23. Nov. 1933)
- 62 Dolder, Eugen, J., 100 Jahre zahnärztlicher Unterricht an der Universität Zürich 1861 - 1961, Zürich 1961
- 63 s. Anmerkung 55
- 64 Standesordnung. Code de déontologie 1969. Nachdruck 1978. Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft
- 65 Hilb, Liselotte, Die Hebamme, Zürich 1973
- 66 Kern, Hans, Zur Geschichte des Hebammenwesens in Basel, Diss. Basel 1929
- 67 Muheim, Edwin, Zur Geschichte des Hebammenwesens und der staatlichen Gebäranstalt St. Gallen. Zürcher Medizingeschichtliche Abhandlungen XVII, Zürich 1941
- 68 St AZ, BII 30, Eyd-Buch S. 308 b. f.
- 69 St AZ, H I 321, Gschau-Protokolle S.4
- 70 s. Anmerkung 68
- 71 St AZ, BIII 30, Eyd Buch S. 621
- 72 Rueff, Jakob, Ein schön lustig Trostbüchle von den empfangnissen und geburten der menschen, getruckt zu Zürich by Christoffel Froschower MDLXIX
- 73 Muralt, Johannes von, Kinder- und Hebam̄en-Büchlein, Basel 1697
- 74 Meyer Ahrens, K. Geschichte des Zürcherischen Medizinalunterrichts, von seinen Spuren bis zum Jahre 1782, Zürich 1838
- 75 Sammlung der Bürgerlichen- und Polizey-Gesetze und Ordnungen Löbl. Stadt und Landschaft Zürich. 6. Band (1793) S.65. Verordnung die Hebammen auf der Landschaft betreffend. Anno 1782
- 76 Hirzel, Hans Caspar, Sohn, Lese-Buch für das Frauenzimmer über die Hebammenkunst, S.3, Zürich 1784
- 77 s. Anmerkung 71
- 78 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.1 S. 195ff, den 31. Weinmonath 1801. Eyd und Ordnung der Stadt-Hebammen in Zürich
- 79 op. cit., S. 201 f. Pflichten- und Beeydigungs-Formel für die Land-Hebam̄en

- 80 op. cit., S. 206. Beeidigungsformel für die Spetthebammen auf der Landschaft.
- 81 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.3 S. 73, 20. Aug. 1803
- 82 Zürcherische Gesetze und Verordnungen der Restarationsperiode. Band 1 S. 177. Erneuerte Hebammenordnung vom 2ten Christmonath 1815
- 83 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.13 S. 269, 3. Febr. 1819
- 84 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.20 S. 200. Erneuerte Hebammenordnung vom 10. März 1829
- 85 St AZ, Protokoll der Medizinaldirektion und des Medizinalrates SS 4.7 S. 117, 12. Sept 1857
- 86 Offizielle Sammlung der seit der Annahme der Verfassung vom Jahre 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich. 12. Band (1857 - 1862), S. 174. Verordnung des Regierungsrathes vom 14. Hornung 1857 betreffend die Hebammen. § 14
- 87 Diepgen, Paul, Geschichte der Medizin, I. Band, Berlin 1949 S. 145
- 88 Keller-Escher, Karl, C. Zürcherische Apotheken u. Apotheker, Zürich 1893 S. 4
- 89 op. cit., S. 17
- 90 St AZ, Gschau-Protokolle 1534 - 1699, Ordnung der Apotheker H I 321, p. 3. 1534
- 91 op. cit., S. 22
- 92 op. cit., S. 53
- 93 s. Anmerkung 88 S. 19
- 94 Sammlung der Bürgerlichen- und Polizey-Gesetze und Ordnungen Löbl. Stadt und Landschaft Zürich. 4. Band S. 123. Erneuerte Gschau-Ordnung. Anno 1769
- 95 op. cit., S. 105. Gift-Mandat. Anno 1777
- 96 s. Anmerkung 8
- 97 s. Anmerkung 12
- 98 s. Anmerkung 7
- 99 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.1 S. 213, 14. Nov. 1801
- 100 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.3 S. 151, 16. Nov. 1803, Reglement vom 8ten Wintermonat wegen Errichtung des Sanitätswesens und Organisation der Sanitätskollegii.
- 101 s. Anmerkung 12
- 102 s. Anmerkung 12, § 25 und 26
- 103 s. Anmerkung 12, § 27

- 104 St AZ, Examenprotokoll der Aerzte und Apotheker SS 13.1 S. 45, 20. Febr. 1821
- 105 St AZ, Protokoll des Sanitätskollegiums SS 2.14 S. 276, 22. Aug. 1821
- 106 op. cit., S. 279
- 107 St AZ, Protokoll des Gesundheitsrathes SS 3.1 S. 320, 10. Juli 1833
- 108 St AZ, Protokoll des Gesundheitsrates SS 3.20 S. 137, 5. März 1849
- 109 op. cit., S. 118
- 110 Offizielle Sammlung der seit Annahme der Verfassung vom Jahre 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich. 7. Band S. 116 ff.
- 111 s. Anmerkung 22
- 112 s. Anmerkung 26
- 113 Eidenbenz, Emil, Geschichte der Zürcherischen Pharmazie seit 1798. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Apothekervereins des Kantons Zürich, Zürich 1918, S. 70
- 114 s. Anmerkung 2
- 115 s. Anmerkung 113, S. 62

CURRICULUM VITAE

Ich bin am 27. Oktober 1950 im Bauerndorf Tegerfelden, Kanton Aargau, geboren. Zusammen mit meinen drei älteren und drei jüngeren Geschwistern verbrachte ich eine glückliche Jugendzeit. Die ersten manuellen Fertigkeiten brachte mir mein Vater in seiner Küfer-Werkstatt bei.

Im Heimatdorf besuchte ich fünf Jahre die Primarschule. Anschliessend ging ich vier Jahre in die Bezirksschule Endingen. Die Kantonsschule Baden schloss ich im Frühling 1970 mit der Maturität, Typus B, ab. Nach der vorklinischen Ausbildung in Bern und Zürich trat ich im Herbst 1974 ins Zahnärztliche Universitätsinstitut Zürich ein, wo ich drei Jahre später mein Studium mit dem Staatsexamen abschloss. Zur Zeit arbeite ich als Schulzahnarzt in Zürich.

